



V 6458 E

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

30. Jahrgang

Heft 7

Juli 1978

Grafik des Monats: Personalkosten im Produzierenden Gewerbe  
 Aufsätze: Kommunalen Finanzausgleich  
 Kommunalwahl 1978 (Teil 4)  
 Güterverkehr Binnenschifffahrt

Aus den „Langen Reihen“

Statistisches Amt für Hamburg  
 und Schleswig-Holstein  
 Bibliothek  
 Standort Kiel

## WERTSCHÖPFUNG DER WIRTSCHAFTSBEREICHE

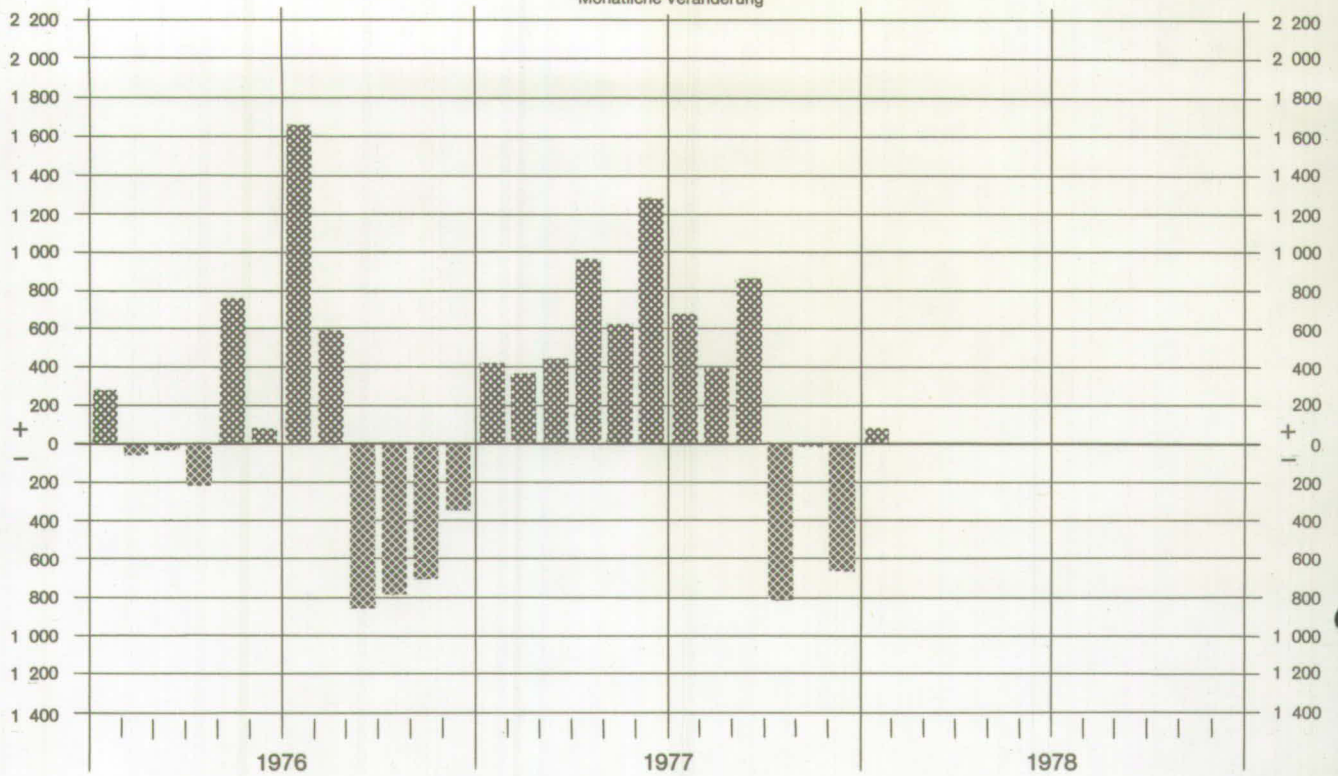


Herausgegeben vom

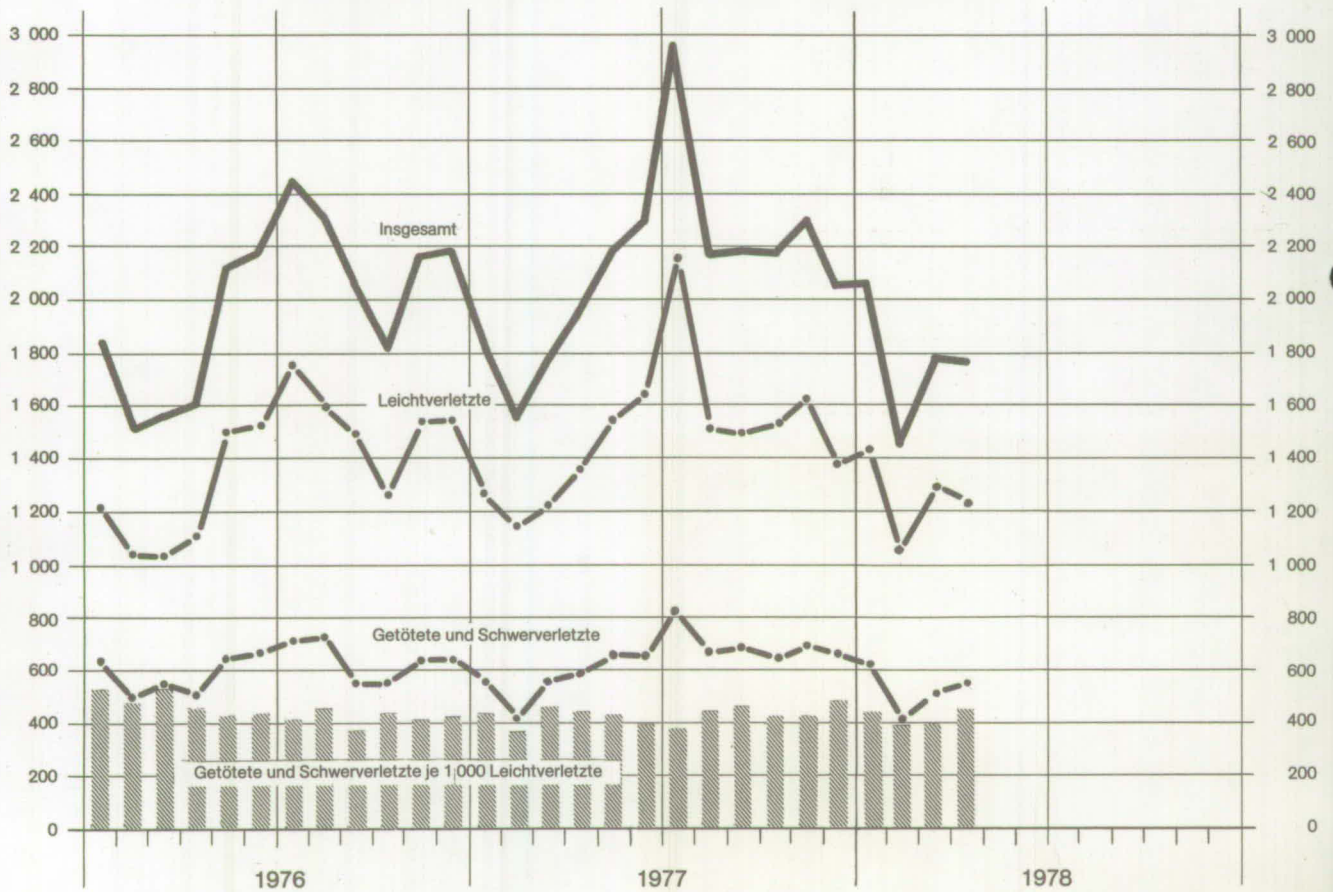
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Monatliche Veränderung



# VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 7/78

	Seite
Aktuelle Auslese .....	149
Aufsätze	
Kommunaler Finanzausgleich 1970 bis 1978 in Schleswig-Holstein .....	150
Die Kreis- und Gemeindewahl am 5. März 1978 Teil 4: Gemeindewahl in den kreis- angehörigen Gemeinden .....	158
Der Güterverkehr in der Binnenschifffahrt	164
Aus „Lange Reihen zur Bevölkerungs- und Wirt- schaftsentwicklung Schleswig-Holsteins (1950 bis 1975)“	
Kapitalgesellschaften .....	169
Baupreise .....	170
Warenverkehr mit Berlin (West) und mit der DDR .....	172
Grafik des Monats .....	160
Tabellenteil .....	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein) .	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter, Heft 8:

„Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland – Revidierte Ergebnisse 1970, 1972 und 1974“

172 Seiten, Preis 10,— DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten  
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

## Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

### Heft 2/1978

Verbraucherpreise 1977  
Wo studieren Schleswig-Holsteiner?  
Abfalldaten der Wirtschaft  
Kraftradunfälle  
Fremdenverkehr 1977

### Heft 3/1978

Schleswig-Holstein im Jahre 1977 (Teil 1)

### Heft 4/1978

Schleswig-Holstein im Jahre 1977 (Teil 2)  
Investitionen Umweltschutz  
Landwirtschaft: Betriebe und Arbeitskräfte  
Markt und Miete

### Heft 5/1978

Kommunalwahl 1978 (Teil 1)  
Rinderrassen  
Studenten im WS 1977/78

### Heft 6/1978

Kommunalwahl 1978  
Teil 2: Ergebnisse für Bundes- und Land-  
tagswahlkreise  
Teil 3: Gemeindeergebnisse  
Verdienste Handwerk



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

30. Jahrgang

Heft 7

Juli 1978

## Aktuelle Auslese



### Für Auslandsurlaub meist Kaufkraftbonus

Je nachdem, wie der Wettlauf zwischen meist hohen Preissteigerungsraten im Ausland und der überwiegend höheren Bewertung der D-Mark auf den Devisenmärkten ausgeht, beschert er dem Auslandsurlauber eine geringere oder größere Kaufkraft seines Urlaubsbudgets. Nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen der Wintersaison 1977/78 bieten die vier Urlaubsländer Jugoslawien, Italien, Großbritannien und Spanien nach wie vor besonders ausgeprägte Kaufkraftgewinne. Der Urlauber erfreut sich dort gegenüber bundesdeutschen Feriengengebieten an Kaufkraftvorteilen von 45 %, 44 %, 23 % und 22 %. Verluste an Kaufkraft muß er dagegen in der Schweiz mit 18 % und in Dänemark mit 16 % hinnehmen.

Inwieweit allerdings der Schleswig-Holsteiner verlockende Kaufkraftvorteile in meist südlichen Ländern realisieren wird, hängt nicht zuletzt von der Attraktivität der dort gebotenen Urlaubsmöglichkeiten ab. Auch hindern lange Anreisewege aus dem eigenen schönen Dauerurlandsland zwischen Nord- und Ostsee manchen Urlaubswilligen an der Umwandlung von Kaufkraftvorteilen in bares Geld.



### Zivil- und Strafsachen

Im Jahre 1977 haben die ordentlichen Gerichte 106 000 Verfahren der 1. Instanz behandelt, das sind 1000 mehr als 1976. 60 000 davon waren Zivilsachen, die zu 73 % vor den Amtsgerichten anhängig waren. Die 31 000 Strafsachen liefen — hier nur 1. Instanz — fast ausschließlich vor einem Amtsgericht (342 beim Landgericht, 2 beim OLG). Den Rest bilden 15 000 Bußgeldsachen.



### 250 000 Fremdenbetten

Das Bettenangebot für den Fremdenverkehr ist im Jahre 1978 gegenüber dem Vorjahr um 3 000 Betten angestiegen. Insgesamt werden damit rund 250 000 Betten angeboten, mehr als die Hälfte davon in Privatquartieren.

Auf die Gemeindegruppen verteilt sich das Bettenangebot wie folgt:

2 Großstädte	3 549 Betten	(+ 2,6 %)
4 Heilbäder	7 082	„ (+ 0,7 %)
21 Nordseebäder	80 104	„ (+ 1,6 %)
27 Ostseebäder	110 198	„ (+ 0,4 %)
9 Luftkurorte	13 313	„ (− 0,4 %)
58 Erholungsorte	28 461	„ (+ 4,1 %)
35 Sonstige Berichtsgemeinden	7 204	„ (+ 0,9 %)



### Mehr Rinder — weniger Milchkühe

Nach dem endgültigen Ergebnis der repräsentativen Viehzählung vom 2. Juni 1978 wurden in Schleswig-Holstein 1,63 Millionen Rinder — darunter 492 000 Milchkühe — gehalten. Mit einer Zunahme um 1 % gegenüber dem entsprechenden Stichtag des Vorjahres erreichte der Gesamtbestand an Rindern einen neuen Höchststand, während sich die Zahl der Milchkühe erstmals seit 1975 um rund 9 000 oder knapp 2 % verringerte. Gleichzeitig nahm die Zahl der Milchkuhalter um 7 % auf knapp 21 000 ab. Aufgrund intensiver Aufstockung in den verbliebenen, Milchvieh haltenden Betrieben stieg die durchschnittliche Bestandsgröße um 5 % auf 24 Kühe an. Diese Veränderungen dürften — den Jahren 1971/72 und 1974/75 vergleichbar — mit den laufenden EG-Strukturhilfen zur Nichtvermarktung von Milch und Umstellung auf Fleischerzeugung zusammenhängen.

# Kommunaler Finanzausgleich 1970 bis 1978 in Schleswig-Holstein

Das jetzt geltende Finanzausgleichsgesetz (FAG) in der Fassung vom 29. März 1976 (GVOBl. S. 99) und die zuvor geltenden Fassungen gehen in ihrem Kern auf das Finanzausgleichsgesetz aus dem Jahre 1955 zurück, durch das insbesondere die Verbundwirtschaft und das Verteilungssystem für die allgemeinen Finanzzuweisungen eingeführt wurden. In den 23 Jahren seit 1955 ist der Finanzausgleich zwischen dem Land Schleswig-Holstein und seinen Kommunen wiederholt der Entwicklung angepaßt worden, um den Verschiebungen der Aufgaben und Belastungen, die aus der Gesetzgebung resultierten, sowie den politischen Zielsetzungen gerecht zu werden. Dabei wurde gleichzeitig das Ausgleichssystem durchsichtiger gestaltet und verfeinert. Über die Funktion eines „Zuweisungs- und Verteilungsgesetzes“ hinaus grenzt das Finanzausgleichsgesetz grundlegend die Finanzverantwortung zwischen dem Land und den Gemeinden, Kreisen und Ämtern ab. Es enthält ein Verteilungssystem, das allgemeine Zuweisungen und Zweckzuweisungen, den Ausgleich der mangelnden Steuerkraft und die Investitionsförderung in einem ausgewogenen Verhältnis vereint.

## Gesetzliche Entwicklung

### Bis 1970

In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg gab es nur „behelfsmäßige Regelungen“ im Rahmen des Landeshaushalts; es wurde nur mit Bedarfszuweisungen an Kreise und Gemeinden gearbeitet. Für die Rechnungsjahre 1947 bis 1954 wurden jeweils jährliche Finanzausgleichsgesetze erlassen, durch die bei Verfeinerung des Finanzausgleichssystems insbesondere die Finanzausgleichsmassen betragsmäßig festgesetzt wurden.

Umfassend neu geordnet wurden die Finanzbeziehungen zwischen Land und Gemeinden durch das zeitlich nicht mehr befristete Finanzausgleichsgesetz vom 25. Mai 1955 (GVOBl. S. 113). Durch dieses Gesetz wurde — und zwar noch vor der verfassungsrechtlichen Regelung im Grundgesetz — die Verbundwirtschaft, die in einer prozentualen Verbindung der

Finanzausgleichsmasse zu bestimmten Landeseinnahmen besteht, eingeführt. Das FAG aus dem Jahre 1955 ist das „Grundgesetz“ für den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein geworden und geblieben. Alle späteren Änderungen gehen von der Grundkonzeption des Gesetzes aus dem Jahre 1955 aus, durch das neben der Verbundwirtschaft ein detailliertes Aufteilungs- und Verteilungssystem eingeführt worden ist.

Zwischen 1955 und 1970 ist das FAG durch fünf Novellen der Entwicklung angepaßt worden. Die bedeutendste Änderung in diesem Zeitraum brachte das Vierte Änderungsgesetz vom 30. November 1964 (GVOBl. S. 235). Mittelpunkt dieser Novelle war die Zuweisung von 60 % des örtlichen Aufkommens der Kraftfahrzeugsteuer an die Gemeinden ab 1965. Mit dieser Kommunalisierung eines Teiles der Kraftfahrzeugsteuer wurde die seinerzeit erhobene Forderung nach einer verbesserten gemeindlichen Steuerausstattung erfüllt; seinen bundesgesetzlichen Niederschlag fand der Grundgedanke der Verbreiterung der kommunalen Steuerausstattung erst 1970 in der Gemeindefinanzreform durch die Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer. Da das Land Schleswig-Holstein aber nicht in der Lage war, auf die durch die Teilkommunalisierung der Kraftfahrzeugsteuer entstehenden Mindereinnahmen voll zu verzichten, wurde als kommunale Gegenleistung der Zuschlag zum Schulbeitrag eingeführt, der ebenso wie der Schulbeitrag als Landesumlage nach Finanzausgleichsmerkmalen von den Gemeinden und Kreisen erhoben wurde. Eine weitere wesentliche Neuregelung des 64er Gesetzes war die Einrichtung des kommunalen Investitionsfonds.

### Ab 1970

Durch das Gesetz vom 25. März 1970 (GVOBl. S. 50) ist der kommunale Finanzausgleich in Schleswig-Holstein wesentlich umgestaltet worden. Zunächst galt es, das FAG an die Gegebenheiten der Gemeindefinanzreform anzupassen. Durch das Gemeindefinanzreformgesetz erhielten und erhalten die Gemeinden eine 14prozentige Beteiligung an der Einkommensteuer und führen gleichzeitig ca. 40 % ihres Aufkommens an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital als Gewerbesteuerumlage an Bund und Land ab. Die Ergebnisse der

Gemeindefinanzreform beeinflussten zum einen die Höhe der Finanzausgleichsmasse durch Änderung in den Verbundgrundlagen, zum anderen die Verteilung der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft, weil sich die gemeindlichen Steuereinnahmen verbreiterten und verschoben.

Die wesentlichste Änderung des FAG aus dem Jahre 1970 gegenüber den früheren Regelungen war aber der Wegfall der Veredelung der Einwohner bei der Berechnung der Ausgangsmeßzahl. Der „veredelte“ Einwohner als Bezugsgröße im Finanzausgleich wurde durch den „tatsächlichen“ Einwohner und die besondere Funktion bestimmter Kommunen ersetzt. Im Rahmen dieses Prinzips wurde insbesondere eine neugeschaffene Schlüsselzuweisungsmasse für übergemeindliche Aufgaben bereitgestellt. Mit diesen besonderen Schlüsselzuweisungen soll der höhere Finanzbedarf der zentralen Orte aus der Wahrnehmung von Aufgaben für die Gemeinden des Verflechtungsbereichs teilweise abgedeckt werden. Schleswig-Holstein hat damit als erstes Bundesland Raumordnungsziele durch die Gewährung allgemeiner Deckungsmittel auch finanzpolitisch verwirklicht.

Durch die FAG-Änderung im Haushaltsgesetz 1973 (GVOBl. S. 205) wurden der Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage und die Bundesergänzungszuweisungen aus den Verbundgrundlagen herausgenommen. Weiterhin entfiel der Krankenhauslastenausgleich im FAG, nachdem die Krankenhausfinanzierung eine bundesgesetzliche Grundlage erhalten hatte.

Eine umfassende Änderung des kommunalen Finanzausgleichs enthielt das Änderungsgesetz vom 20. Februar 1974 (GVOBl. S. 71). Es vereinfachte die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen, verbesserte die kommunale Finanzausstattung und gestaltete das Ausgleichssystem um. In den Finanzausgleich waren bis dahin als Leistungen des Landes an die Kommunen die Zuweisungen aus der Finanzausgleichsmasse und — wie schon erwähnt — die Zuweisung von 60 % des örtlichen Aufkommens an der Kraftfahrzeugsteuer und als Leistung der Kommunen an das Land der Schulbeitrag und der Zuschlag zum Schulbeitrag einbezogen. Diese wechselseitigen Zahlungsströme wurden durch einen saldierten Zahlungsstrom in Form einer entsprechend angepaßten Finanzausgleichsmasse ersetzt; hinzu traten vom Land zur Verfügung gestellte Sonderbeträge zur Erhöhung der Finanzausgleichsmasse. Die finanziellen Auswirkungen für die kreisfreien Städte, kreisangehörigen Gemeinden und Kreise durch den Umtausch von Schulbeitrag

und Zuschlag gegen die gemeindliche Beteiligung an der Kraftfahrzeugsteuer einschließlich der dadurch bedingten Veränderung in den Ausgleichswirkungen wurden durch eine höhere Anrechnung der Steuerkraft bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen sowie durch eine Umschichtung im Schlüsselzuweisungssystem zugunsten der Gemeindegemeinschaften aufgefangen.

Eine wichtige Neuregelung des 74er FAG war die Einführung des Naherholungsfonds. Weiterhin wurde das System der Aufteilung der Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben verfeinert; so wurden die Unterzentren mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums aus der Gruppe der Unterzentren herausgelöst und bei der Bemessung der Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben als selbständige Gruppe eingestuft. Zur Vereinfachung des Finanzsystems trug auch die Veränderung des Straßenbaulastenausgleichs bei. Die Straßenbaumittel des FAG für Neubaumaßnahmen können jetzt nahtlos mit den Mineralölsteuermitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes eingesetzt werden. Diese Regelung diente zugleich der Vereinheitlichung der Förderungsmöglichkeiten für den kommunalen Straßenbau im gesamten Land.

Das Änderungsgesetz vom 27. Februar 1976 (GVOBl. S. 62) hatte im wesentlichen eine durch die Finanzlage des Landes bedingte Kürzung der Finanzausgleichsmasse ab 1976 zum Inhalt; die Kürzung betrug im Jahre 1976 25 Millionen DM und beträgt von 1977 an 80 Millionen DM. Die Kürzungsbeträge sind durch Umschichtungen innerhalb der Finanzausgleichsmasse in der Weise in das Finanzausgleichssystem eingearbeitet worden, daß die Schlüsselzuweisungen unterproportional berührt werden. Hierdurch bleibt das Kernstück des Finanzausgleichs, die Ausgleichsfunktion durch die Gewährung von Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den zentralörtlichen Funktionen, voll erhalten.

Im Anschluß an das o. a. Änderungsgesetz vom 27. Februar 1976 ist der jetzt geltende Wortlaut des FAG am 29. März 1976 (GVOBl. S. 99) neu bekanntgemacht worden.

Diese langjährige, durch wiederholte Änderungen gestaltete Entwicklung des Finanzausgleichs muß insbesondere bei finanzpolitischen Untersuchungen und statistischen Vergleichen beachtet werden. Die Entwicklung der Finanzausgleichsleistungen in den Jahren 1970 bis 1978 ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich:

## Aufteilung der Finanzausgleichsmasse

		1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
<b>Feste Beträge</b>	<b>Mill. DM</b>	<b>65,0</b>	<b>76,0</b>	<b>76,0</b>	<b>77,5</b>	<b>101,6</b>	<b>105,9</b>	<b>96,2</b>	<b>86,7</b>	<b>87,6</b>
Amtsdotation	Mill. DM	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Zuweisung										
aus dem Bedarfs- und Sonderbedarfsfonds	Mill. DM	12,0	14,0	14,0	10,0	11,5	11,5	13,0	9,5	9,5
an die Kreisfonds	Mill. DM	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5	9,5
an den Kommunalen Investitionsfonds	Mill. DM	30,0	32,6	35,0	35,0	42,0	42,0	37,0	37,0	37,0
an den Förderungsfonds für das Hamburg-Randgebiet	Mill. DM	8,5	8,5	8,5	9,5	11,5	12,5	10,5	10,5	10,5
an den Förderungsfonds für Naherholung	Mill. DM	—	—	—	—	6,0	6,0	3,0	3,0	3,0
Zuschuß an die Datenzentrale Schleswig-Holstein	Mill. DM	3,0	9,4	7,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0
Zuschüsse für auswärtige Schüler <sup>1</sup>	Mill. DM	—	—	—	6,5	14,1	17,4	16,2	10,2	11,1
<b>Schlüsselmäßige Beträge</b>	<b>Mill. DM</b>	<b>291,9</b>	<b>371,4</b>	<b>369,5</b>	<b>427,8</b>	<b>558,1</b>	<b>563,0</b>	<b>473,4</b>	<b>579,8</b>	<b>655,0</b>
	<i>in %</i>	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Schlüsselzuweisungen										
an die Gemeinden	Mill. DM	108,0	137,4	136,7	163,0	237,7	239,9	209,2	256,3	289,5
	<i>in %</i>	37,0	37,0	37,0	38,1	42,6	42,6	44,2	44,2	44,2
an die Kreise und kreisfreien Städte	Mill. DM	90,5	115,1	114,6	136,9	164,1	165,5	143,9	176,3	199,1
	<i>in %</i>	31,0	31,0	31,0	32,0	29,4	29,4	30,4	30,4	30,4
für übergemeindliche Aufgaben	Mill. DM	47,6	60,6	60,2	69,7	85,4	86,1	74,8	91,6	103,5
	<i>in %</i>	16,3	16,3	16,3	16,3	15,3	15,3	15,8	15,8	15,8
Zuweisungen zu den										
Straßenbaulasten an die Kreise und Gemeinden	Mill. DM	40,0	50,9	50,6	58,2	70,9	71,5	45,5	55,6	62,9
	<i>in %</i>	13,7	13,7	13,7	13,6	12,7	12,7	9,6	9,6	9,6
Krankenhauslasten	Mill. DM	5,8	7,4	7,4	—	—	—	—	—	—
	<i>in %</i>	2,0	2,0	2,0	—	—	—	—	—	—
<b>Finanzausgleichsmasse insgesamt</b>	<b>Mill. DM</b>	<b>356,9</b>	<b>447,4</b>	<b>445,5</b>	<b>505,3</b>	<b>659,7</b>	<b>668,9</b>	<b>569,6</b>	<b>666,5</b>	<b>742,6</b>
+ Kraftfahrzeugsteuerbeteiligung	Mill. DM	93,2	101,9	113,7	121,5	—	—	—	—	—
— Schulbeitrag einschließlich Zuschlag	Mill. DM	68,0	78,5	91,3	106,4	—	—	—	—	—
<b>Finanzausgleich im weiteren Sinne</b>	<b>Mill. DM</b>	<b>382,1</b>	<b>470,8</b>	<b>467,9</b>	<b>520,4</b>	<b>659,7</b>	<b>668,9</b>	<b>569,6</b>	<b>666,5</b>	<b>742,6</b>

1) 1973: Ergänzungszuschuß an kommunale Schulträger

## Aufgabe des kommunalen Finanzausgleichs

Der erste Anknüpfungspunkt für den kommunalen Finanzausgleich ergibt sich aus den erheblichen örtlichen Differenzen im Steueraufkommen. Als Hauptaufgabe für die Verwendung der Finanzausgleichsmasse ist deshalb der Ausgleich der mangelnden Steuerkraft, und damit die Korrektur der örtlichen Aufkommensdifferenzen, festzustellen. Der Zweck des kommunalen Finanzausgleichs wird aber erst voll verständlich, wenn man ihn nicht nur als wichtiges und unerlässliches Instrument zum Ausgleich der Steuerkraftunterschiede der Gemeinden und der Steuerkraftunterschiede der Kreise, sondern auch als notwendige Verstärkung der kommunalen Finanzausstattung — und hier insbesondere der unterdurchschnitt-

lichen Steuerausstattung — versteht. Insofern stellen die Finanzzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich eine Ergänzung der Steuereinnahmen der Kommunen dar.

Der kommunale Finanzausgleich hat deshalb eine qualitative (Steuerkraftausgleich) und eine quantitative (Ergänzung der eigenen Steuereinnahmen) Funktion. Als weitere Funktion ist die Berücksichtigung der unterschiedlichen Aufgaben der einzelnen Kommunen zu nennen, die im Finanzausgleich im wesentlichen durch die Zweckzuweisungen und die Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben abgedeckt werden.

Die quantitative Funktion wird deutlich durch eine Gegenüberstellung der kommunalen Steuereinnahmen



und der Finanzausgleichsmasse. Es ergibt sich hierbei folgendes Bild:

**Steuereinnahmen der Kommunen und kommunaler Finanzausgleich**

Jahr	Steuereinnahmen Mill.DM	Anteil %	Finanzausgleich Mill.DM	Anteil %	Summe Mill. DM
1970	614,1	63,2	356,9	36,8	971,0
1971	722,3	61,8	447,4	38,2	1 169,7
1972	835,2	65,2	445,5	34,8	1 280,7
1973	1 012,8	66,7	505,3	33,3	1 518,1
1974	1 138,8	63,3	659,7	36,7	1 798,5
1975	1 182,6	63,9	668,9	36,1	1 851,5
1976	1 312,2	69,7	569,6	30,3	1 881,8
1977	1 441,0	68,4	666,5	31,6	2 107,5
1978 <sup>a</sup>	1 500,0	66,9	742,6	33,1	2 242,6

a) Steuereinnahmen geschätzt

Bezieht man in die Finanzausgleichszahlen den bis 1973 erhobenen Schulbeitrag einschließlich Zuschlag und die ebenfalls bis 1973 gewährte gemeindliche Kraftfahrzeugsteuerbeteiligung ein, so ergibt sich für die Jahre 1970 bis 1973 das folgende Bild:

**Steuereinnahmen der Kommunen und kommunaler Finanzausgleich im weiteren Sinne**

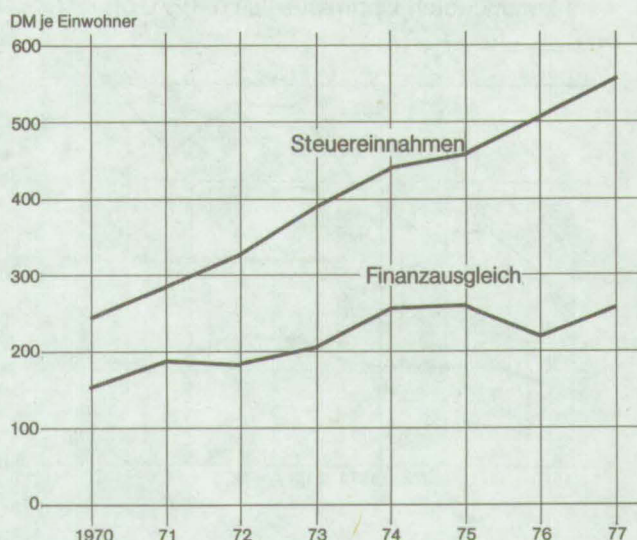
(einschl. Kfz.-Steuerbeteiligung und Schulbeitrag zzgl. Zuschlag)

Jahr	Steuereinnahmen Mill.DM	Anteil %	Erweiterter Finanzausgleich Mill.DM	Anteil %	Summe Mill.DM
1970	614,1	61,6	382,1	38,4	996,2
1971	722,3	60,5	470,8	39,5	1 193,1
1972	835,2	64,1	467,9	35,9	1 303,1
1973	1 012,8	66,1	520,4	33,9	1 533,2

Die Verschiebung der Anteilsverhältnisse von 61,6 % (kommunale Steuereinnahmen) und 38,4 % (KFA im weiteren Sinne) im Jahre 1970 zu voraussichtlich 66,9 % und 33,1 % im Jahre 1978 beruht im wesentlichen auf der Ursache, daß die kommunalen Steuereinnahmen als Folge der Gemeindefinanzreform sich besser entwickelt haben als die Finanzausgleichsmasse, in der sich das Steueraufkommen des Landes einschließlich der Abrechnungsbeträge für Vorjahre niederschlägt; daneben sind aber auch die oben erwähnten gesetzlichen Änderungen des kommunalen Finanzausgleichs von Bedeutung.

D - 4957

**Entwicklung der Steuereinnahmen der Kommunen und des kommunalen Finanzausgleichs<sup>1)</sup> 1970 bis 1977**



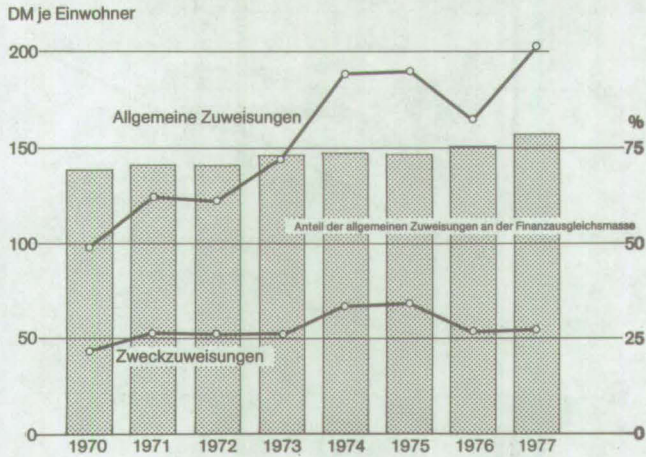
1) 1970 - 1973: Finanzausgleich im weiteren Sinne

Von besonderer qualitativer, aber auch quantitativer Bedeutung ist das Verhältnis von Schlüsselzuweisungen zu Zweckzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich. Ein hoher Anteil an Schlüsselzuweisungen, über die die Gemeinden und Gemeindeverbände frei verfügen können, stärkt die kommunale Selbstverwaltung. Nachfolgende Tabelle zeigt das erfreuliche Bild, daß der Anteil der Schlüsselzuweisungen im Finanzausgleich seit 1970 erheblich gestiegen ist; diese Entwicklung wird sich in den nächsten Jahren noch verstärken:

**Anteil der allgemeinen Zuweisungen (Schlüsselzuweisungen) und der Zweckzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich**

Jahr	Allgemeine Zuweisungen Mill.DM	Anteil %	Zweckzuweisungen Mill.DM	Anteil %	Finanzausgleichsmasse Mill.DM
1970	246,1	69,0	110,8	31,0	356,9
1971	313,1	70,0	134,3	30,0	447,4
1972	311,5	70,0	134,0	30,0	445,5
1973	369,6	73,1	135,7	26,9	505,3
1974	487,2	73,9	172,5	26,1	659,7
1975	491,5	73,5	177,4	26,5	668,9
1976	427,9	75,1	141,7	24,9	569,6
1977	524,2	78,6	142,3	21,4	666,5
1978	592,1	79,7	150,5	20,3	742,6

### Entwicklung der allgemeinen Zuweisungen (Schlüsselzuweisungen) und der Zweckzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich 1970 bis 1977



#### Aufteilung der allgemeinen Zuweisungen (Schlüsselzuweisungen)

Jahr	Gemeinde-schlüssel-zuweisungen Mill. DM	Anteil %	Kreis-schlüssel-zuweisungen Mill. DM	Anteil %	Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben Mill. DM	Anteil %	Schlüssel- zuweisungen insgesamt Mill. DM
1970	108,0	43,9	90,5	36,8	47,6	19,3	246,1
1971	137,4	43,9	115,1	36,8	60,6	19,3	313,1
1972	136,7	43,9	114,6	36,8	60,2	19,3	311,5
1973	163,0	44,1	136,9	37,0	69,7	18,9	369,6
1974	237,7	48,8	164,1	33,7	85,4	17,5	487,2
1975	239,9	48,8	165,5	33,7	86,1	17,5	491,5
1976	209,2	48,9	143,9	33,6	74,8	17,5	427,9
1977	256,3	48,9	176,3	33,6	91,6	17,5	524,2
1978	289,5	48,9	199,1	33,6	103,5	17,5	592,1

#### Ermittlung der Gemeindeschlüsselzuweisungen

Die Gemeindeschlüsselzuweisungen werden ermittelt, indem der Ausgangsmeßzahl der Gemeinde deren Steuerkraftmeßzahl gegenübergestellt wird. Ist die Steuerkraftmeßzahl kleiner, so erhält die Gemeinde die Hälfte des Unterschiedsbetrages als allgemeine Schlüsselzuweisung. Da die Ausgleichswirkung bei diesem Verfahren des halben Differenzausgleichs für steuer-schwache Gemeinden zu gering ist, wird das Ausgleichssystem der allgemeinen Schlüsselzuweisungen durch Sonderschlüsselzuweisungen verfeinert, wie weiter unten dargestellt wird.

Wie sich hier zeigt, wird der größte Teil der Finanzausgleichsmasse für die Schlüsselzuweisungen verwendet. Der bedeutendste Posten innerhalb der Schlüsselzuweisungen wiederum sind die Gemeindeschlüsselzuweisungen, wie nachfolgende Tabelle zeigt.

Fast die Hälfte der Schlüsselzuweisungen wird an die Gemeinden als Gemeindeschlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft verteilt. Da die Gemeindeschlüsselzuweisungen als Instrument des Steuerkraftausgleichs das Kernstück des Finanzausgleichs sind, soll im folgenden das Verteilungssystem kurz dargestellt werden.

Berechnungsmerkmale sind also zunächst die Ausgangsmeßzahl und die Steuerkraftmeßzahl. Während die Ausgangsmeßzahl keine von der Gemeinde bestimmbare Größe ist, kann die Steuerkraftmeßzahl durch die Gemeinde selbst errechnet werden.

Die **Steuerkraftmeßzahl** drückt die eigene Einnahmekraft einer Gemeinde aus. Sie ist die Summe der Steuerkraftzahlen aus den Grundsteuern, der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Dieser letztere wird hierbei voll angerechnet, die Realsteuern jedoch werden mit einem nivellierten Wert angesetzt, und zwar die Grundsteuer A mit 200 %, die Grundsteuer B mit 100 %, die Grundsteuer C mit 50 %, die Gewerbesteuer mit 100 %, die Einkommensteuer mit 100 %.

die Grundsteuer B mit 225 % und die Gewerbesteuer vom Ertrag und Kapital mit 160 % (dieser Nivellierungssatz ergibt sich aus einem Hebesatz von 280 % vermindert um 120 % Gewerbesteuerumlage). Diese Berechnung nach einheitlichen Hebesätzen dient zunächst dazu, die Steueraufkommen der Gemeinden vergleichbar zu machen. Weiterhin ist für diese Berechnungsweise folgender Gesichtspunkt maßgebend: Würden die tatsächlichen Steuereinnahmen jeder Gemeinde und somit die tatsächlichen Hebesätze für die Gewinnung der Steuerkraftmeßzahl zugrunde gelegt, so würde eine Gemeinde mit sehr niedrigen Hebesätzen günstiger gestellt werden, da sie höhere Schlüsselzuweisungen erhalten würde als eine Gemeinde mit gleichen Meßbeträgen, aber höheren Hebesätzen; andererseits würde die Heranziehung der vollen Aufkommen diejenigen Gemeinden treffen, die wegen ihrer Finanzschwäche oder ihres besonderen Ausgabenbedarfs die Hebesätze stark, das heißt über die im Finanzausgleich angesetzten Hebesätze hinaus, anspannen müssen. Die Höhe der anzusetzenden fiktiven Hebesätze (Nivellierungssätze) beeinflusst in erheblichem Maße die Höhe der Schlüsselzuweisungen und damit deren Ausgleichswirkung. Es gilt die Gesetzmäßigkeit: Je höher die fiktiven Hebesätze, desto mehr werden steuerschwache Gemeinden mit Schlüsselzuweisungen bedacht. Andererseits können die fiktiven Hebesätze nur so hoch angesetzt werden, daß sie den Gemeinden zumutbar sind. Als zumutbare Obergrenze werden die gewogenen Landesdurchschnittshebesätze angesehen. Das bedeutet, daß jede Gemeinde ihre Realsteuern durchschnittlich beanspruchen muß — beziehungsweise dies wird im Finanzausgleich unterstellt —, bevor ihre Steuereinnahmen durch Schlüsselzuweisungen ergänzt werden; diese Tatsache wirkt sich insbesondere auch auf die von der einzelnen Gemeinde abzuführende Kreisumlage aus. Die jetzt für die Realsteuern angesetzten Hebesätze beruhen auf dem Änderungsgesetz vom 20. Februar 1974 und entsprechen ungefähr den gewogenen landesdurchschnittlichen Hebesätzen der kreisangehörigen Gemeinden im Jahre 1972. Aus den eben dargelegten Gründen müssen die Nivellierungssätze in angemessenen Zeitabständen den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden. Für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gelten derartige Erwägungen dagegen nicht, weil es sich um schlüsselmäßig zugewiesene Beträge handelt, für die kein Hebesatzrecht besteht.

Anders als die Steuerkraftmeßzahl ist die **Ausgangsmeißzahl** keine von vornherein feststehende oder bestimmbare Größe. Die Summe der Ausgangsmeißzahlen hängt von der Höhe der Gemeindeschlüssel-

masse und der Höhe der Steuerkraftmeßzahlen der Gemeinden ab, die an der Verteilung der Schlüsselzuweisungen teilnehmen. Dies ergibt sich aus folgender Ableitung:

Die Gemeindeschlüsselmasse, soweit sie für allgemeine Schlüsselzuweisungen bestimmt ist, hat die Aufgabe, die Differenz zwischen der Summe aller Ausgangsmeißzahlen und der Summe aller Steuerkraftmeßzahlen der beteiligten Gemeinden zur Hälfte auszugleichen. Es ergibt sich daher folgende Gleichung:

$$\begin{array}{l} \text{Allgemeine Gemeindeschlüsselzuweisungen} \\ - \text{Summe der Ausgangsmeißzahlen minus Summe der Steuerkraftmeßzahlen,} \\ \hline 2 \end{array}$$

Nach Umformung lautet die Gleichung wie folgt:

$$\begin{array}{l} \text{Summe der Ausgangsmeißzahlen} \\ - \text{Summe der Steuerkraftmeßzahlen plus } 2 \times \text{allg. Gemeindeschlüsselzuweisg.} \end{array}$$

Auf den Einwohner bezogen ergibt sich die Ausgangsmeißzahl je Einwohner, die **Grundbetrag** genannt wird. Die eben aufgeführte Formel erhält hierbei folgendes Aussehen:

$$\begin{array}{l} \text{Grundbetrag} \\ - \frac{\text{Summe der Steuerkraftmeßzahlen plus } 2 \times \text{allg. Gemeindeschlüsselzuweisg.}}{\text{Summe der Einwohnerzahlen}} \end{array}$$

$$\text{Oder: } - \frac{\text{Summe der Ausgangsmeißzahlen}}{\text{Summe der Einwohnerzahlen}}$$

Der Grundbetrag ist daher der Faktor, in dem sich jede Veränderung in den Grundlagen des Finanzausgleichs (Einwohnerzahl, Steuerkraftmeßzahlen, Gemeindeschlüsselmasse) auswirkt.

Die Ausgangsmeißzahl einer jeden Gemeinde ist das Produkt aus der Einwohnerzahl einer Gemeinde und dem Grundbetrag. Die Höhe des Grundbetrages, die nach dem eben Gesagten als Ausgangsmeißzahl je Einwohner bezeichnet werden kann, gibt auf den ersten Blick bereits Aufschluß, ob eine Gemeinde Schlüsselzuweisungen erhält. Ist nämlich die schon frühzeitig bekannte Steuerkraft je Einwohner höher als der

Grundbetrag, so kann die Gemeinde in keinem Fall Schlüsselzuweisungen erhalten, da ihre Steuerkraftmeßzahl über der Ausgangsmeßzahl liegt; diese Gemeinden werden als abundante Gemeinden bezeichnet (1978: 24 Gemeinden). Im übrigen ergibt sich aus der Berechnung des Grundbetrages folgendes:

Die häufige Annahme, daß bei steigender Steuerkraft die Gemeinde automatisch weniger Schlüsselzuweisungen erhält, ist in dieser lapidaren Form nicht richtig. Da der Grundbetrag die Summe aller Steuerkraftmeßzahlen berücksichtigt, können solche Prognosen nur für ein überdurchschnittliches Anwachsen der eigenen Steuerkraft einer Gemeinde gelten; außerdem muß berücksichtigt werden, daß auch die Veränderung der Gemeindeschlüsselmasse die Höhe des Grundbetrages beeinflußt. Bei konstanter Einwohnerzahl sinken daher die allgemeinen Gemeindeschlüsselzuweisungen nur, wenn die Steuerkraft je Einwohner absolut — nicht relativ — stärker gestiegen ist als der Grundbetrag für

die allgemeinen Gemeindeschlüsselzuweisungen; für Gemeinden, die in den Vergleichsjahren neben allgemeinen Schlüsselzuweisungen Sonderschlüsselzuweisungen erhalten, tritt an die Stelle des Grundbetrages die Sockelgarantie (hierzu siehe unten). Ein so bedingtes Sinken der Schlüsselzuweisungen ist durchaus als erfreulich zu bezeichnen, weil sich die eigene finanzielle Leistungskraft der Gemeinde verbessert hat. Zwar mag ein gutes Ergebnis bei den Gemeindeschlüsselzuweisungen, insbesondere mit hohen Zuwachsraten zum Vorjahr, vom Kämmereistandpunkt betrachtet ein erfreuliches Ereignis sein; unter dem Gesichtspunkt der gemeindlichen Wirtschaftskraft kann diese Entwicklung aber negativ zu bewerten sein. Sachgerecht kann man hier erst urteilen, wenn man die Zusammensetzung des Grundbetrages — und dasselbe gilt für den Garantiebtrag — aus den Komponenten Steuerkraft und Gemeindeschlüsselmasse kennt. Diese Zusammensetzung ist in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Zusammensetzung von Grundbetrag, Garantiebtrag und Sockelgarantie in DM

	1974	1975	1976	1977	1978
<b>Grundbetrag</b>	<b>438,50</b>	<b>490,80</b>	<b>502,00</b>	<b>543,30</b>	<b>604,30</b>
wird bestimmt aus					
Steuerkraft	286,88	336,93	362,01	374,00	411,80
Gemeindeschlüsselmasse	151,62	153,87	139,99	169,30	192,50
<b>Garantiebtrag</b>	<b>285,00</b>	<b>336,00</b>	<b>345,00</b>	<b>373,00</b>	<b>414,00</b>
wird bestimmt aus					
Steuerkraft	204,70	240,78	260,56	279,44	302,45
Gemeindeschlüsselmasse	80,30	95,22	84,44	93,56	111,55
<b>Sockelgarantie</b>	<b>361,75</b>	<b>413,40</b>	<b>423,50</b>	<b>458,15</b>	<b>509,15</b>
wird bestimmt aus					
Steuerkraft	245,79	288,85	311,28	326,72	357,12
Gemeindeschlüsselmasse	115,96	124,55	112,22	131,43	152,03

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß zum Beispiel Gemeinden im Jahre 1976 auch, wenn ihre Steuerkraft unterdurchschnittlich wuchs, rückläufige Schlüsselzuweisungen zu verzeichnen hatten, während sie dagegen im Jahre 1977, auch bei überdurchschnittlichem Wachstum der Steuerkraft, einen Zuwachs an Schlüsselzuweisungen verbuchen konnten. Der Grund liegt in der unterschiedlichen Entwicklung der Grundbetrags- und Garantiebtragskomponente, die von der Gemeindeschlüsselmasse bestimmt ist. Der Grundsatz des halben Unterschiedsausgleichs

zwischen Ausgangsmeßzahl und Steuerkraftmeßzahl durch allgemeine Gemeindeschlüsselzuweisungen wird durch das System der **Sonderschlüsselzuweisungen** verfeinert. Bleibt die Steuerkraftmeßzahl einer Gemeinde unter einem Teilbetrag ihrer Ausgangsmeßzahl, so wird die Hälfte dieses Unterschiedes als Sonderschlüsselzuweisung gewährt. Das Verteilungssystem für Sonderschlüsselzuweisungen entspricht dem für allgemeine Schlüsselzuweisungen, wobei der Teilbetrag der Ausgangsmeßzahl je Einwohner **Garantiebtrag** genannt wird.

Die Wirkungen des Grundbetrages (1978: 604,30 DM) für die allgemeinen Schlüsselzuweisungen und des Garantiebetrages (1978: 414,00 DM) für die Sonder-

schlüsselzuweisungen lassen sich folgendermaßen verdeutlichen (Berechnung für 1978, je Einwohner):

	Fiktive Gemeinden				
	A	B	C	D	E
Steuerkraft je Einwohner (angenommener Betrag)	100,00	200,00	414,00	500,00	650,00
Sonderschlüsselzuweisungen (1/2 der Differenz der Steuerkraft zu 414,00 DM)	157,00	107,00	0,00	0,00	0,00
Allgemeine Schlüsselzuweisungen (1/2 der Differenz der Steuerkraft zu 604,30 DM)	252,15	202,15	95,15	52,15	0,00
Schlüsselzuweisungen insgesamt	409,15	309,15	95,15	52,15	0,00
<b>Finanzkraft</b> (Steuerkraft + Schlüsselzuweisungen)	<b>509,15</b>	<b>509,15</b>	<b>509,15</b>	<b>552,15</b>	<b>650,00</b>

└────────── Sockelgarantie ─────────┘

Aus dieser Tabelle läßt sich ableiten, daß die Gewährung von Sonderschlüsselzuweisungen zu folgenden Ergebnissen führt:

Die Differenz zwischen Steuerkraft je Einwohner und dem Garantiebtrag wird voll aufgefüllt, und zwar je zur Hälfte durch allgemeine Schlüsselzuweisungen und Sonderschlüsselzuweisungen. Die verbleibende Abweichung der Steuerkraft je Einwohner vom Garantiebtrag bis zum Grundbetrag wird zur Hälfte durch allgemeine Schlüsselzuweisungen aufgefüllt. Hieraus ergibt sich die Mindestausstattung in DM je Einwohner, die sich als Mittelwert aus dem Grund- und dem Garantiebtrag errechnet und die von jeder Gemeinde mindestens erreicht wird. Diese Mindestausstattung

(Mindestfinanzkraft) setzt sich aus der eigenen Steuerkraft je Einwohner und den Schlüsselzuweisungen je Einwohner zusammen und ist die sogenannte **Sockelgarantie**.

Zur Verminderung der Steuerkraftunterschiede tragen weiterhin alle finanziellen Leistungen — empfangender und abgebender Art — bei, die nach Finanzkraftgrundlagen berechnet werden; hierzu gehört als bedeutendster Zahlungsstrom die **Kreisumlage**. In welchem Umfang die Ausgleichswirkung bei den kreisangehörigen Gemeinden erreicht wird, veranschaulicht folgende Übersicht für 1978 (DM je Einwohner) nach Gemeindegrößenklassen:

	Gemeinden mit ... Einwohnern							Alle kreisangehörigen Gemeinden
	unter 1 000	1 000 2 000	2 000 3 000	3 000 5 000	5 000 10 000	10 000 20 000	20 000 100 000	
Steuerkraft	267	286	347	358	425	453	556	405
+ Gemeindeschlüsselzuweisungen	250	226	179	159	104	97	31	136
Zwischensumme	517	512	526	517	529	550	587	541
— Kreisumlage <sup>1</sup>	148	146	150	148	151	157	168	155
<b>Ergebnis</b>	<b>369</b>	<b>366</b>	<b>376</b>	<b>369</b>	<b>378</b>	<b>393</b>	<b>419</b>	<b>386</b>

1) bei einem (Durchschnitts-)Umlagesatz von 28,6 %

Die Spanne von 289 DM je Einwohner zwischen der höchsten und der niedrigsten durchschnittlichen Steuerkraftmeßzahl hat sich bei diesem Größenklassenvergleich im Ergebnis also auf 53 DM vermindert.

Der Vollständigkeit halber soll zum Abschluß in der folgenden Tabelle der Umfang der Schlüsselzuweisungen für **übergemeindliche Aufgaben** dargestellt werden:

**Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben — Zuweisungen je zentraler Ort — in 1 000 DM —**

Jahr	Gesamtzuweisung	Oberzentren		Lübeck	Neumünster	Mittelzentren	Unterkentren		Ländliche Zentralorte
		Flensburg	Kiel				mit	ohne	
							Teilfunktionen eines Mittelzentrums		
1970	47 585	1 999	5 601	5 048	1 532	1 006	251		151
1971	60 535	2 544	7 126	6 422	1 948	1 279	319		192
1972	60 234	2 531	7 090	6 390	1 939	1 273	317		191
1973	69 725	2 930	8 207	7 397	2 244	1 474	367		221
1974	85 389	3 275	9 174	8 268	2 508	1 642	822	409	247
1975	86 141	3 304	9 255	8 341	2 531	1 657	829	413	249
1976	74 794	2 869	8 036	7 243	2 197	1 439	720	358	220
1977	91 614	3 514	9 843	8 871	2 691	1 762	882	439	269
1978	103 486	3 969	11 118	10 021	3 040	1 991	996	496	304

Jürgen Krastel

## Die Kreis- und Gemeindewahl am 5. März 1978

### Teil 4: Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden

#### Wahlsystem

Die Wahlberechtigten der kreisangehörigen Gemeinden wählen bei jeder Kommunalwahl zwei Vertretungen. Einmal entscheiden sie über die Zusammensetzung des Kreistages und zum anderen über die ihrer Gemeindevertretung. Die Ergebnisse der Kreiswahl sind im Mai-Heft dieser Zeitschrift (Seite 110) dargestellt worden. Hier sollen die Ergebnisse der Gemeindewahl beschrieben werden. Das Wahlsystem ist, wie das der anderen Wahlen, eine Mischung aus Mehrheitswahl und Verhältniswahl. Die Vertretungen der

Gemeinden werden aus den in den Wahlbezirken durch Mehrheitswahl und aus der Gemeindeliste durch Verhältniswahl gewählten Vertretern gebildet. Die Anzahl der Vertreter richtet sich nach der Größe der Gemeinde. In Gemeinden bis zu 70 Einwohnern wird keine Gemeindevertretung gewählt. An ihre Stelle tritt die Gemeindeversammlung, an der alle Bürger teilnehmen können. Das trifft 1978 für 24 Gemeinden zu. Wieviel Vertreter in den anderen Gemeinden zu wählen sind, ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht:

### Anzahl der zu wählenden Vertreter und Stimmen

Einwohner	Vertreter insgesamt	Unmittel- bare Vertreter	Listen- vertreter	Stimmen je Wähler
71 — 200	7	4	3	4
201 — 750	9	5	4	5
751 — 1 250	11	6	5	6
1 251 — 2 000	13	7	6	7
2 001 — 5 000	17	9	8	3
5 001 — 10 000	19	10	9	2
10 001 — 15 000	23	12	11	1
15 001 — 25 000	27	15	12	1
25 001 — 35 000	31	17	14	1
35 001 — 45 000	35	19	16	1
45 001 und mehr	39	21	18	1

Jeder Wahlberechtigte hat so viele Stimmen, wie unmittelbare Vertreter im Wahlbezirk zu wählen sind. Da die Gemeinden bis zu 10 000 Einwohner nicht in so viele Wahlbezirke eingeteilt werden wie unmittelbare Vertreter zu wählen sind, müssen hier in einem Wahlbezirk mehrere Vertreter gewählt werden, und dafür haben die Wahlberechtigten bis zu sieben Stimmen. Die Gemeinden mit 71 — 2 000 Einwohner bilden einen Wahlbezirk, die mit 2 001 — 5 000 Einwohner drei Wahlbezirke und die mit 5 001 — 10 000 Einwohner fünf Wahlbezirke. In Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern werden so viele Wahlbezirke gebildet, wie unmittelbare Vertreter zu wählen sind. Die daraus sich ergebende Anzahl der Stimmen je Wähler ist in der letzten Spalte der obigen Tabelle angegeben. Ein Kumulieren, das heißt das Abgeben aller Stimmen für einen Bewerber, ist nicht möglich. Wie die Listensitze und damit die Gesamtzahl der Sitze verteilt werden, ist im oben erwähnten Aufsatz ausführlich beschrieben.

Bei der Gemeindewahl in den kreisangehörigen Gemeinden ist wegen des Mehrstimmenrechts in den kleineren Gemeinden eine Beschreibung der Stimmenverteilung wenig aussagefähig; im folgenden wird daher nur die Sitzverteilung dargestellt.

In den Gemeinden waren insgesamt 12 208 Vertreter zu wählen. Gewählt wurden am 5. März 1978 aber 12 274. Dies ist auf zusätzliche Sitze zurückzuführen. Es sind nämlich 66 zusätzliche Sitze entstanden, von denen 52 Mehrsitze waren und 14 sogenannte weitere Sitze. Unausgenutzte Listensitze hat es, wie 1974, nicht gegeben. Solche Sitze entstehen, wenn eine Partei weniger Listenkandidaten aufgestellt hat, als ihr nach dem Wahlergebnis zustehen würden.

### Gesamtergebnisse

Die Gemeindewahlen haben wegen der Überschaubarkeit des Wahlgebietes einen anderen Charakter als alle anderen Wahlen. Hier im engen Rahmen einer Gemeinde, wo — besonders in den kleineren — jeder fast jeden kennt, tritt mehr der Einzelne als die Partei in den Vordergrund. Deshalb stellen sich sehr häufig Wählergruppen und Einzelbewerber anstelle einer oder mehrerer Parteien zur Wahl.

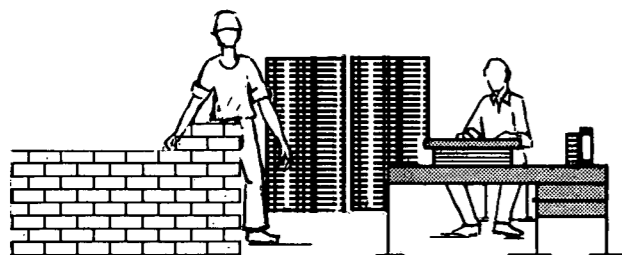
Das Gewicht der Wählergruppen ist jedoch rückläufig. Zur Gemeindewahl 1978 kandidierten 999 Wählergruppen, während es vor vier Jahren 1 040 gewesen sind. In 316 (1974: 381) Gemeinden gab es Einheitslisten, das heißt es kandidierte nur eine Wählergruppe und keine andere Partei. In 144 (1974: 148) Gemeinden beteiligten sich mehrere Wählergruppen an der Wahl.

Die Wählergruppen errangen 5 094 oder 41,5 % der Sitze. Vor vier Jahren sind es noch 46,2 % gewesen und 1970 sogar 52,7 %. In 582 oder über der Hälfte der Gemeinden stellen die Wählergruppen die stärkste Fraktion und in 389 oder gut einem Drittel der Gemeinden bilden sie die Gemeindevertretung allein. Demgegenüber sind die Wählergruppen in 278 oder einem Viertel aller Gemeinden nicht vertreten.

Einzelbewerber traten in 19 Gemeinden auf. Sie kamen dort auf insgesamt 26 Sitze.

Die politischen Parteien bleiben aus den angeführten Gründen weit hinter ihren sonst üblichen Anteilen zurück. Die CDU bekam 3 968 oder 32,3 % der Sitze gegenüber 52,6 % bei der Kreiswahl. Sie verbesserte sich gegenüber 1974 um 0,9 Prozentpunkte, was in erster Linie darauf zurückzuführen sein dürfte, daß sie in mehr Gemeinden kandidiert hat als 1974. Sie beteiligte sich nämlich in 610 Gemeinden anstelle von 552 an der Wahl. Sie war in diesen Gemeinden recht erfolgreich. Sie brachte überall Vertreter durch und stellt in 458 oder drei Viertel dieser Gemeinden die stärkste Fraktion. In 306 Gemeinden erzielte sie die absolute Mehrheit und in elf errang sie sogar alle Sitze. Unter den 306 befinden sich acht Gemeinden mit 15 000 und mehr Einwohnern, und zwar der Größe nach: Reinbek, Heide, Bad Oldesloe, Bad Schwartau, Eutin, Quickborn, Preetz und Neustadt in Holstein. In diesen Gemeinden erhielt die CDU bis auf Quickborn jeweils 14 der 27 Sitze. In Quickborn hat sich die Gesamtzahl der Sitze um zwei auf 29 erhöht, weil die CDU alle Direktmandate gewann (15) und ihr nach dem verhältnismäßigen Stimmenanteil nur 13 zustanden. Das

# PERSONALKOSTEN IM PRODUZIERENDEN GEWERBE 1975 IM BUNDESGBIET



Bruttoverdienst ist nicht dasselbe wie Direktlohn. Im Direktlohn fehlen nämlich die Aufwendungen der Arbeitgeber etwa für vermögenswirksame Leistungen, für bezahlten Urlaub und bezahlte Feiertage sowie für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

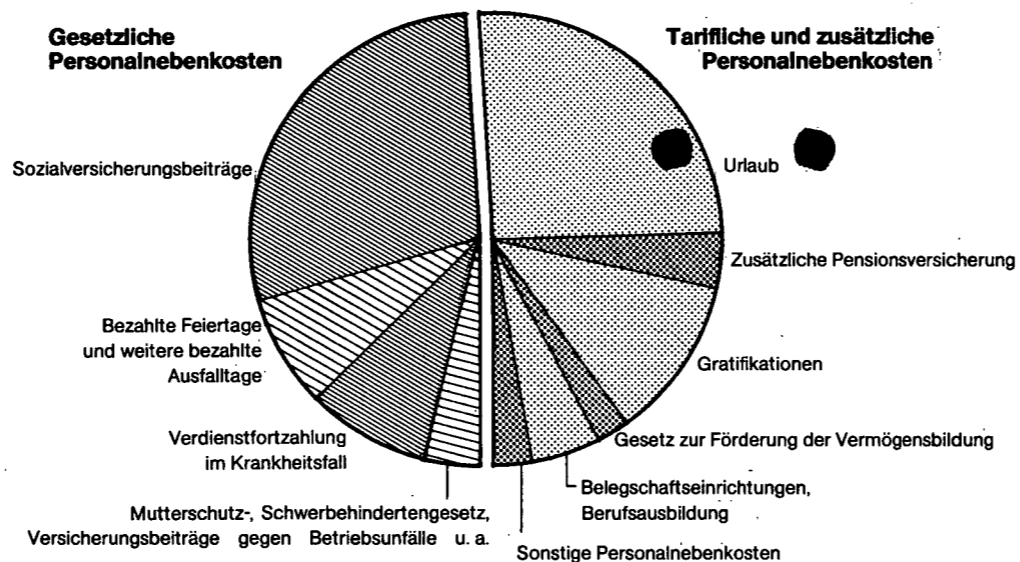
Innerhalb der EG sind in Deutschland, den Beneluxländern und in Dänemark die Personalkosten am höchsten, Frankreich und Italien folgen mit einem annähernd 30% geringeren Niveau. Westlich des Ärmelkanals sind die Personalkosten etwa 50% geringer als in der Spitzengruppe der EG.

1975 bestätigte sich die bereits früher bekannte Erscheinung, daß die Personalkosten mit zunehmender Unternehmensgröße deutlich tendenziell ansteigen.

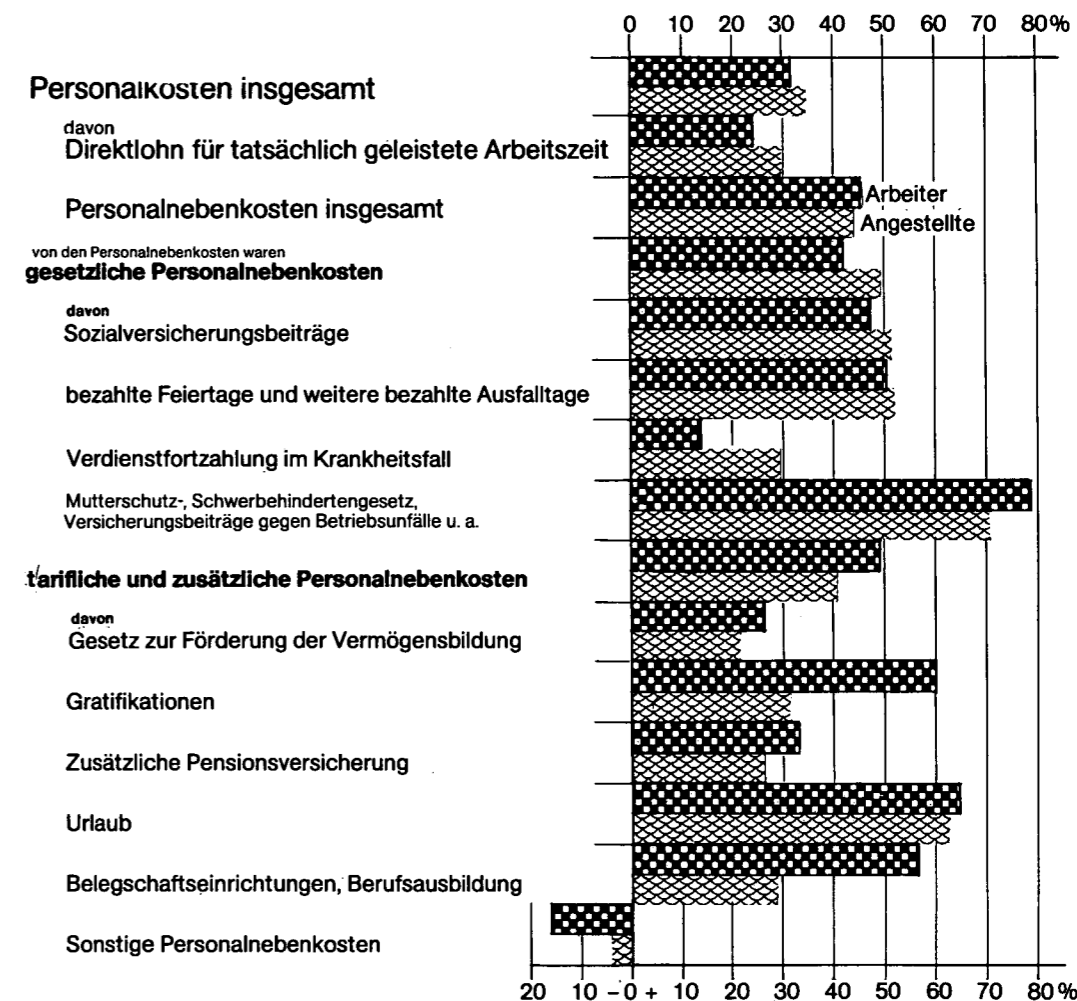
Die Anteile der tariflichen und zusätzlichen Personalnebenkosten einerseits und der gesetzlichen Personalnebenkosten andererseits halten sich etwa die Waage.

Die Personalnebenkosten sind seit 1972 wesentlich stärker angestiegen als der Direktlohn für geleistete Arbeit (verbesserte tarifliche Sonderzahlungen, zusätzliches Urlaubsgeld, Verlängerung der Urlaubsdauer, Mehrbelastung durch die gesetzliche Sozialversicherung).

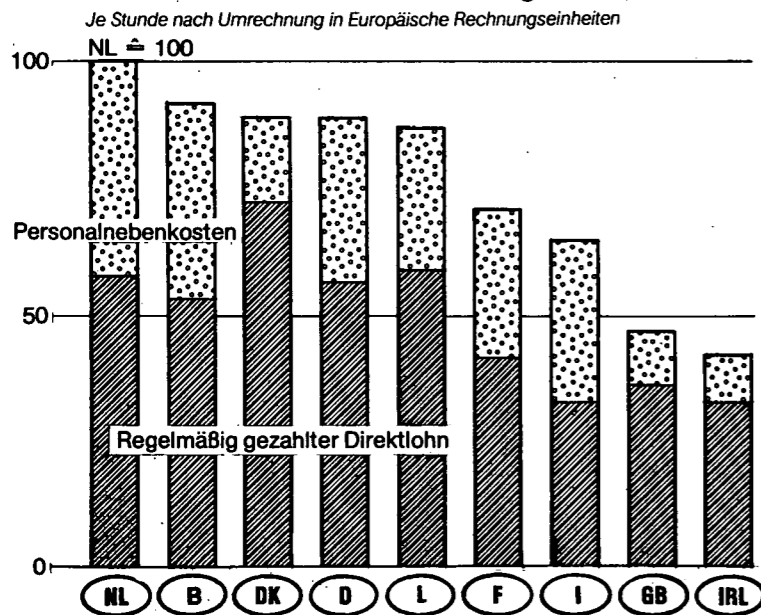
Personalnebenkosten je Arbeitnehmer  
in Unternehmen mit 50 und mehr Arbeitnehmern



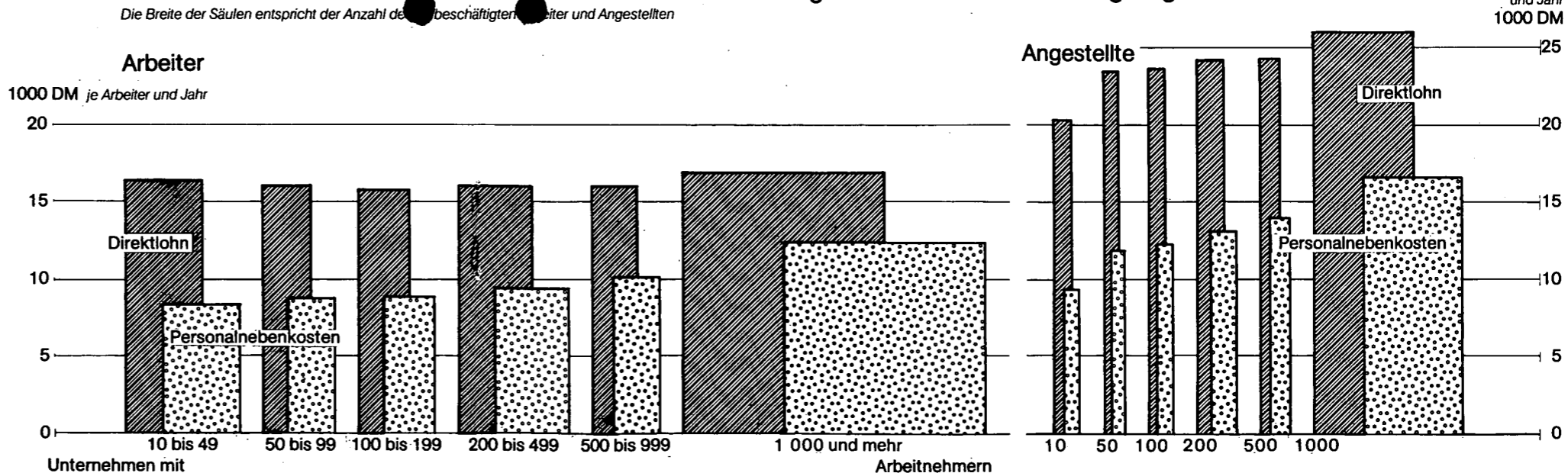
Veränderung der Personalkosten 1972 bis 1975 in %  
in Unternehmen mit 50 und mehr Arbeitnehmern



Personalkosten im EG-Vergleich



Direktlohn und Personalnebenkosten der Arbeiter und Angestellten nach Beschäftigtengrößenklassen





führte zu zwei Mehrsitzen für die CDU. Hier lautet also das Verhältnis 29 : 15. In 492 Gemeinden ist die CDU nicht vertreten.

Die SPD erhielt 2 809 oder 22,9 % der Sitze (Kreiswahl: 39,2 %). Sie verbesserte sich gegenüber 1974 um 3,8 Punkte, was ebenfalls in erster Linie darauf zurückzuführen sein dürfte, daß sie in mehr Gemeinden kandidierte als 1974, nämlich in 608 anstelle von 576. Die SPD bekam in allen Gemeinden Sitze, in denen sie Bewerber aufgestellt hatte. In 109 oder gut einem Sechstel dieser Gemeinden ist sie die stärkste Partei und in 56 errang sie die absolute Mehrheit. In einer Gemeinde, in Havekost, Kreis Hzgt. Lauenburg, stellt sie die Gemeindevertretung allein. Hier errang sie alle sieben Sitze. Unter den Gemeinden mit absoluter SPD-Mehrheit befinden sich zwei mit mehr als 15 000 Einwohnern, und zwar Eckernförde und Uetersen. Hier gehören jeweils 14 der 27 Ratsmitglieder der SPD an. In 494 oder 45 % der Gemeinden, in denen gewählt worden ist, ist die SPD nicht vertreten.

Die FDP erzielte nur 306 oder 2,5 % der Sitze, während es bei der Kreiswahl immerhin 6,4 % gewesen sind. Ihr Sitzanteil verringerte sich gegenüber 1974 geringfügig um 0,1 Punkte, obwohl sie in mehr Gemeinden Kandidaten aufgestellt hatte als vor vier Jahren. Damals bewarb sie sich in 172 Gemeinden um Sitze und dieses Mal in 209. Sie ist in 920 oder vier Fünftel der Gemeinden nicht vertreten. Das bedeutet,

daß sie in 27 Gemeinden keinen Sitz bekommen hat, obwohl sie Kandidaten aufgestellt hatte. In Grödersby, Kreis Schleswig-Flensburg, errang die FDP die absolute Mehrheit (6 von 9 Sitzen) und in Lentförden, Kreis Segeberg, (6 von 13) stellt sie die stärkste Fraktion.

Der SSW, der nur in 59 Gemeinden kandidierte, kam auf 69 Sitze und verbesserte sich damit gegenüber 1974 um sechs Sitze. Die DKP errang in Barmstedt zwei Sitze. Der KBW brachte keinen Bewerber durch.

### Sitzverteilung in den Kreisen

Faßt man die Gemeindeergebnisse in den jeweiligen Kreisen zusammen, so ergibt sich, daß die Wählergruppen in den Kreisen Dithmarschen, Hzgt. Lauenburg, Nordfriesland und Steinburg mehr als die Hälfte der Sitze innehaben. Am wenigsten sind sie in Ostholstein mit 6,2 % und in Pinneberg mit 15,2 % der Sitze vertreten. Der drittgeringste Anteil sprang für sie in Plön mit 31,5 % heraus. Die beiden großen politischen Parteien konnten dementsprechend nur in Ostholstein und Pinneberg annähernd ihr Ergebnis von der Kreiswahl erreichen. Die CDU erhielt in Ostholstein 50,1 % der Sitze und in Pinneberg 46,6 % und die SPD 40,4 % und 32,5 %. Auf einen Anteil von

### Sitzverteilung der Gemeindewahl in den Kreisen

Kreis	Sitze in den Gemeindevertretungen insgesamt	Davon entfallen auf					Wählergruppen	Einzelbewerber
		CDU	SPD	FDP	SSW	DKP		
Dithmarschen	1 184	279	226	22	—	—	657	—
Hzgt. Lauenburg	1 265	276	248	22	—	—	718	1
Nordfriesland	1 385	319	246	35	22	—	745	18
Ostholstein	633	317	256	21	—	—	39	—
Pinneberg	745	347	242	41	—	2	113	—
Plön	941	340	293	10	—	—	296	2
Rendsburg-Eckernförde	1 771	613	391	40	—	—	725	2
Schleswig-Flensburg	1 478	512	285	28	47	—	606	—
Segeberg	1 059	404	216	51	—	—	388	—
Steinburg	1 095	274	212	10	—	—	598	1
Stormarn	718	287	194	26	—	—	209	2
<b>Insgesamt</b>	<b>12 274</b>	<b>3 968</b>	<b>2 809</b>	<b>306</b>	<b>69</b>	<b>2</b>	<b>5 094</b>	<b>26</b>
in %	100	32,3	22,9	2,5	0,6	0,0	41,5	0,2
dagegen 1974	100	31,4	19,1	2,6	0,5	—	46,2	0,3

40 % kam die CDU noch in Stormarn, während sie in Dithmarschen, Hzgt. Lauenburg und Nordfriesland unter einem Viertel blieb. Bemerkenswert ist, daß die CDU fast dreimal so viele Sitze direkt gewann wie über die Listen. Die SPD erhielt neben Ostholstein und Pinneberg nur noch in Plön und Stormarn über ein Viertel der Sitze. Die SPD brachte nur ein Drittel ihrer gewählten Bewerber direkt durch. Die Sitzanteile der SPD sind in allen Kreisen niedriger als die der CDU. Bei der FDP heben sich nur die Anteile in Pinneberg (5,5 %) und in Segeberg (4,8 %) etwas heraus. Der SSW erhielt in Schleswig-Flensburg 3,2 % der Sitze.

### Sitzverteilung in den Gemeindegrößenklassen

Das Schwergewicht der Wählergruppen liegt in den kleineren Gemeinden. Hier weisen sie nicht nur die größten Sitzanteile auf, sondern stellen in vielen Gemeinden die gesamte Gemeindevertretung. Ihr Gewicht sinkt mit wachsender Gemeindegröße; dementsprechend steigt das Gewicht der politischen Parteien. In den Gemeinden bis zu 250 Einwohner gingen neun Zehntel der Sitze an die Wählergruppen und in den Gemeinden zwischen 250 und 500 Einwohnern drei Viertel. In den Gemeinden ab 750 Einwohner sinkt der Anteil der Wählergruppen unter ihren Landesdurchschnitt von 41,5 % und erreicht, von Norderstedt (50 000 – 100 000 Einwohner) abgesehen, bei den Gemeinden mit 10 000 – 20 000 Einwohnern seinen Tiefstand mit 1,1 %. In der Größenklasse 20 000 – 50 000 Einwohner wird die Tendenz durchbrochen. Hier steigt nämlich der Anteil gegenüber der darunterliegenden, wenn auch geringfügig, wieder an. Die Sitze in dieser Größenklasse wurden von den Wählergruppen in Ahrensburg (4) und Pinneberg (3) gewonnen.

Da die CDU in kleineren Gemeinden nur selten aufgetreten ist, sind hier ihre Sitzanteile gering. In den kleinsten Gemeinden (unter 250 Einwohner) kam die CDU nur auf einen Anteil von 6,6 %. Ihr Anteil steigt fast kontinuierlich mit wachsender Gemeindegröße.

### Sitzanteile bei der Gemeindewahl in den Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse	Sitze insgesamt	Darunter entfallen in % auf			
		CDU	SPD	FDP	Wählergruppen
Unter 250	1 571	6,6	3,0	0,1	89,4
250 – 500	2 443	16,3	8,6	0,4	74,3
500 – 750	1 709	28,2	18,8	1,1	51,1
750 – 1 000	1 235	38,1	24,6	1,1	35,6
1 000 – 2 000	1 956	45,3	30,9	3,1	19,9
2 000 – 3 000	766	48,0	34,5	5,7	10,4
3 000 – 5 000	685	49,2	39,0	5,3	6,0
5 000 – 10 000	805	48,0	39,5	5,8	4,6
10 000 – 20 000	709	49,6	42,3	6,8	1,1
20 000 – 50 000	356	46,3	43,8	7,0	2,0
50 000 – 100 000	39	46,2	43,6	10,3	—
<b>Insgesamt</b>	<b>12 274</b>	<b>32,3</b>	<b>22,9</b>	<b>2,5</b>	<b>41,5</b>

In den Größenklassen 3 000 – 5 000 Einwohner (49,2 %) und 10 000 – 20 000 Einwohner (49,6 %) erreicht sie fast die Hälfte der Sitze. Ihre Anteile sind in allen Größenklassen höher als die der SPD.

Die Anteile der SPD wachsen ebenfalls kontinuierlich mit wachsender Gemeindegröße von 3,0 % (unter 250 Einwohner) bis 43,8 % (20 000 – 50 000 Einwohner) und gehen in Norderstedt leicht auf 43,6 % zurück. In den Gemeinden ab 20 000 Einwohner ist der SPD-Anteil beinahe doppelt so groß wie im Landesdurchschnitt.

Auch bei der FDP sind die Sitzanteile in den größeren Gemeinden höher als in den kleineren. Den höchsten Anteil erreichte sie, von Norderstedt abgesehen (10,3 %), in den Gemeinden mit 20 000 – 50 000 Einwohnern (7,0 %). In den Gemeinden bis 2 000 Einwohner lag der Sitzanteil der FDP unter der 5 %-Grenze.

Ergebnisse für jede Gemeinde sind in dem Statistischen Bericht B VII 3 – 5/78: „Die Kreis- und Gemeindewahl am 5. März 1978 in Schleswig-Holstein – Endgültiges Ergebnis“ veröffentlicht.

Walter Dahms

## Der Güterverkehr in der Binnenschifffahrt

Unter Binnenschifffahrt versteht man die Schifffahrt auf Binnenwasserstraßen, also auf Flüssen, Seen und Kanälen. Zur Abgrenzung der Binnenschifffahrt von der Seeschifffahrt dienen in der Statistik die Seegrenzen, die in der 3. Durchführungsverordnung zum Flaggenrechtsgesetz festgelegt worden sind. Binnenschifffahrt ist alles, was binnenwärts dieser Seegrenzen bleibt, z.B. in der Kieler Förde bis zur Linie zwischen dem Leuchtturm Bülk und dem Marine-Ehrenmal Laboe. Andererseits bleibt der von See her die Seegrenze überfahrende Schiffsverkehr solange Seeverkehr, als er nicht eine binnenwärtige zweite Grenze überfährt, die Binnengrenze der Seeschifffahrt. Diese läuft als gedachte Linie im Norden der Bundesrepublik binnenwärts von Lübeck, Hamburg, Bremen, Haren (Ems) und trifft bei Emmerich (Staatsgrenze zu den Niederlanden) den Rhein. Der Schiffsverkehr, der beide Grenzen überfährt, heißt Binnen-See-Verkehr und wird statistisch sowohl der Binnenschifffahrt als auch der Seeschifffahrt zugerechnet, die deshalb nicht addierbar sind.

Die Binnenschifffahrt hat im Verkehr mit Schleswig-Holstein in den vergangenen sieben Jahren erhebliche Transporteinbußen hinnehmen müssen:

Während 1971 insgesamt 7,1 Millionen t Güter transportiert wurden, waren es 1977 nur noch 4,8 Millionen t. Die beförderte Gütermenge ist dabei kontinuierlich auf das heutige Niveau zusammengeschrumpft. Da der Güterverkehr der Verkehrsträger Eisenbahn und LKW seit 1971 zusammengenommen weiter angewachsen ist, hat sich die Position der Binnenschifffahrt auch relativ verschlechtert. So betrug der Anteil der Binnenschifffahrt an der transportierten Menge der drei Verkehrsträger im Jahre 1976 nur noch 21 % gegenüber 32 % im Jahre 1971.

### Der Güterverkehr mit „Steinen und Erden“

Der Rückgang des Güterverkehrs in der Binnenschifffahrt ist in erster Linie eine Folge der zunehmend geringeren Verschiffungen von „Steinen und Erden“, dem gewichtsmäßig bedeutendsten Transportgut der Binnenschifffahrt in der Bundesrepublik. 1971 wurden insgesamt 3,1 Millionen t dieser Güterart im Verkehr mit Schleswig-Holstein transportiert, das waren über 40 % der beförderten Gütermenge. Im vergangenen Jahr wurden dagegen nur noch 1,5 Millionen t befördert.

Von der Binnenschifffahrt beförderte Güter im Jahre 1977

	1 000 t	%	Veränderung gegenüber 1971 in %
Erdöl, Mineralölerzeugnisse, Gase	2 306	48,1	- 25,1
darunter Rohes Erdöl	201	4,2	- 52,7
Kraftstoffe, Heizöl	1 717	35,8	- 26,5
Steine und Erden	1 509	31,5	- 51,8
darunter Sand, Kies, Bims, Ton	1 089	22,7	- 42,1
Landwirtschaftliche Erzeugnisse,			
Nahrungs- und Futtermittel	789	16,5	+ 17,5
darunter Futtermittel	389	8,1	+ 47,0
Getreide	255	5,3	- 17,5
Übrige Güter	187	3,9	- 22,9
<b>Insgesamt</b>	<b>4 791</b>	<b>100</b>	<b>- 32,7</b>

Der Anteil der Güterabteilung „Steine und Erden“ am gesamten Güterverkehr der Binnenschifffahrt ging damit auf 31 % zurück. Die geringeren Verschiffungen hängen vor allem mit dem steilen Produktionsrückgang in der Bauwirtschaft zwischen 1971 und 1975 zusammen. Die naheliegende Vermutung, daß sich die Sand- und Kiesvorräte am Elbe-Lübeck-Kanal, woher Sand und Kies hauptsächlich kommen, allmählich erschöpft haben könnten, bestätigt sich dagegen nicht. Zwar ist 1975 ein Sandverladeplatz stillgelegt worden, weil die Vorräte in der näheren Umgebung weitgehend abgebaut waren, der Ausfall hätte aber von den übrigen Kiesgruben wettgemacht werden können. Wie sehr der Umfang der Sandtransporte von der Baukonjunktur abhängt, sieht man daran, daß mit der Belegung der Bautätigkeit in den beiden vergangenen Jahren auch der Transport von „Steinen und Erden“ wieder zugenommen hat.

Im Güterverkehr der Binnenschifffahrt Schleswig-Holsteins finden wir nahezu die vollständige Palette der „Steine und Erden“, in erster Linie werden jedoch Sand und Kies transportiert. 1977 erreichten diese Transporte einen Umfang von fast 1 Million t, das sind zwei Drittel der Gesamtheit von „Steinen und Erden“. Größere Bedeutung haben auch die Transporte von Findlingen und Kieselsteinen, die im vergangenen Jahr bei 183 000 t lagen. Dahinter folgten Stein- und Salinensalz mit 97 000 t, Zement mit 86 000 t und Ton mit

71 000 t. Auch Industriesand, Schlacken und Aschen, Gips sowie Bimsstein gehörten zum Güteraufkommen der Binnenschifffahrt, die transportierten Mengen dieser Gesteinsarten waren jedoch vergleichsweise gering. Sie lagen zwischen 4 000 und 31 000 t.

Der Ursprung der umfangreichen Sand- und Kiestransporte sind die Kiesgruben entlang des Elbe-Lübeck-Kanals. Von den Sandverladeplätzen Götting, Güster, Siebeneichen und Lanze wurden 1977 zusammen 488 000 t Sand und Kies abtransportiert. Eine andere Quelle für die Sand- und Kiestransporte sind die Sandbaggerungen in der Elbe zwischen Hamburg und Schnackenburg. Sie haben in letzter Zeit erheblich an Bedeutung gewonnen. 1977 erreichten sie einen Umfang von 353 000 t. Obwohl die Baggerungen teilweise auf niedersächsischem Gebiet liegen, wurden sie aus praktischen Gründen ausschließlich dem Land Schleswig-Holstein angerechnet.

Sand- und Kiesversand meldete außerdem im vergangenen Jahr nur noch Lübeck. Insgesamt wurden dort 141 000 t Sand auf die Reise geschickt. Darüber hinaus wurden 95 000 t Findlinge und Kiesel, die wie der Sand vom Grund der Ostsee hochgeholt wurden, über Lübeck ins Binnenland transportiert.

Sand und Kies gehen in erster Linie nach Hamburg. Wie die folgende Tabelle zeigt, empfing Hamburg im Jahre 1977 über 90 % der von schleswig-holsteinischen Plätzen abgehenden Kies- und Sandmengen. Insgesamt waren es 957 000 t, die mit Binnenschiffen nach Hamburg transportiert wurden. Die Transporte von den Sandverladeplätzen und den Baggerstellen in der Elbe hatten sogar nahezu ausschließlich Hamburg zum Ziel.

**Sand- und Kiesverschiffungen im Jahre 1977**

Nach	Von Lübeck		Sonderverladeplätzen am Elbe-Lübeck-Kanal und in der Elbe		Zusammen	
	1000 t	%	1000 t	%	1000 t	%
Hamburg	125	89	832	99	957	97
Berlin	7	5	9	1	16	2
Niedersachsen	—	—	1	0	1	0
Schleswig-holsteinischen Häfen	8	6	0	0	9	1
<b>Zusammen</b>	<b>141</b>	<b>100</b>	<b>842</b>	<b>100</b>	<b>982</b>	<b>100</b>

Am Abtransport des im Kreis Lauenburg gewonnenen Sandes beteiligten sich zahlreiche Binnenschiffe. Im Jahre 1976 waren es über 50 Schiffe mit einer Gesamttragfähigkeit von rund 25 000 t. Setzt man das Gewicht der insgesamt transportierten Sandmenge zur Tragfähigkeit der für die Sandtransporte in Anspruch genommenen Schiffe in Beziehung, ergibt sich die durchschnittliche Beanspruchung der Tragfähigkeit. Sie lag im Jahre 1976 bei 87 %, das heißt im Durchschnitt wurde die Tragfähigkeit der eingesetzten Schiffe auf der Fahrt mit Ladung zu 87 % beansprucht. Die Schiffe erreichen damit eine recht günstige Auslastung. Die Frage, was günstig oder weniger günstig ist, läßt sich allgemeingültig nicht leicht beantworten. Das liegt daran, daß man die Ladekapazität eines Schiffes nicht allein an seiner Tragfähigkeit messen kann. Man muß vielmehr auch den Raumgehalt eines Schiffes berücksichtigen. Welche Größe als Maßstab für die Ladekapazität eines Schiffes letztlich herangezogen werden muß, hängt von der Dichte der transportierten Güter ab, wobei die Dichte als das Verhältnis von Gewicht zu Volumen definiert ist. Bei Stoffen mit großer Dichte, wie Gold, wird die Ladekapazität eines Schiffes durch seine Tragfähigkeit begrenzt, bei Stoffen mit geringer Dichte, wie Baumwolle, dagegen durch den Raumgehalt. Um die Auslastung eines Schiffes beurteilen zu können, benötigt man also neben dem Gewicht der Ladung auch ihre Dichte, und neben der Tragfähigkeit noch den Rauminhalt. Als Grad der Auslastung wird dann die Relation mit dem höheren Wert verwendet. Die Dichte eines bestimmten Stoffes kann im übrigen sehr unterschiedlich sein. So hat zum Beispiel Kiefern-schnittholz in Paketform eine wesentlich größere Dichte als Kiefernstämme.

Leider werden die Dichte der Schiffsladungen und der Rauminhalt der Schiffe im Rahmen der Verkehrsstatistiken nicht erfaßt. Daher sind die aus dem Gewicht der Ladungen und aus der Tragfähigkeit der Schiffe errechneten Auslastungsgrade nur bedingt tauglich.

Eine hohe Auslastung der Ladekapazität bedeutet selbstverständlich nicht, daß die im Sandverkehr eingesetzten Schiffe auch ausreichend beschäftigt waren. Tatsächlich wurden die Schiffe sehr unterschiedlich beansprucht. So brachten es einige auf über 100 Fahrten im Jahre 1976, andere waren wieder nur einmal im Jahr mit Sand aus diesem Gebiet unterwegs. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, daß die weniger beschäftigten Schiffe auch im Verkehr außerhalb Schleswig-Holsteins, der sich unserer Erfassung entzieht, tätig gewesen sein können. Es liegt jedoch die Vermutung nahe, daß manche der im Sandverkehr wenig be-

schäftigten Schiffe auch sonst nicht stark ausgelastet waren, weil sie auf die Beförderung von Gesteinen spezialisiert sind.

Unter den 1,2 Millionen t „Steinen und Erden“, die 1977 von einem Ort in Schleswig-Holstein mit Schiffen abtransportiert wurden, befanden sich auch 86 000 t Zement. Davon entfielen 84 000 t auf Transporte von Itzehoe nach Hamburg und Berlin. Obwohl die in Itzehoe umgeschlagene Zementmenge nur ein Zehntel der Sandmenge ausmachte, die im Verkehr binnenwärts Hamburg transportiert wurde, beteiligten sich etwa doppelt so viele Schiffe an der Zementabfuhr. Auf jedes Schiff entfielen dadurch nur 3 bis 4 Zementfahrten im Jahr. Auch die durchschnittliche Beanspruchung der Tragfähigkeit erreichte mit 72 % nicht das gleiche Niveau wie im Sandverkehr. Man muß hierzu allerdings bemerken, daß die Zementfahrten für die im Mündungsgebiet operierenden Trockenladungsschiffe natürlich nur eine unter mehreren Beschäftigungsquellen bilden. Wenn ein Schiffsführer zum Beispiel Futtermittel oder Gips nach Itzehoe transportiert hat, wird er einfach bestrebt sein, Zement für die Rückfahrt zu bekommen. Der Umfang der Ladung wird dabei eine eher untergeordnete Rolle spielen. Dies ist wahrscheinlich auch der Grund, warum die Schiffe im Durchschnitt nur zu 72 % beladen waren.

Der Empfang von „Steinen und Erden“ in Schleswig-Holstein ist wesentlich geringer als der Versand. Mit 346 000 t machte er etwa ein Drittel des Versandes aus. Trotzdem sind die Verkehrsbeziehungen weitaus vielfältiger. Den größten Empfang wies 1977 Lübeck auf. Dorthin gingen insgesamt 151 000 t, das sind etwas mehr als 40 % der empfangenen Gesamtmenge. Der größte Posten war Stein- und Salinensalz aus Niedersachsen. Dahinter folgte Ton, der zu etwa gleichen Teilen aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, der DDR und der Tschechoslowakei kam. Größere Mengen „Steine und Erden“ gingen außer nach Lübeck auch nach Geesthacht (79 000 t), Itzehoe (33 000 t) und Lauenburg (32 000 t). Itzehoe empfing hauptsächlich Gips aus Niedersachsen für die Produktion von Zement.

Der Verkehr mit „Steinen und Erden“ innerhalb Schleswig-Holsteins ist kaum von Bedeutung. Er belief sich 1977 auf 28 000 t.

#### **Der Güterverkehr mit flüssigen Brennstoffen**

Während auf dem Wasserstraßennetz binnenwärts Hamburg der Transport von „Steinen und Erden“ vor-

herrscht, wird die Binnenschifffahrt zwischen Hamburg und Kiel durch den Transport der drei Güterarten: Flüssige Brennstoffe, Futtermittel und Getreide geprägt. Dem Gewicht nach stehen die flüssigen Brennstoffe weit an der Spitze. 1977 beförderte die Binnenschifffahrt hiervon insgesamt 2,3 Millionen t. Damit hatten die flüssigen Brennstoffe für die Binnenschifffahrt im Verkehr mit Schleswig-Holstein eine größere Bedeutung als die Gruppe der „Steine und Erden“.

Einen Beschäftigungsboom erlebte die Tankerschiff- flotte der Binnenschifffahrt zur Zeit der Energiekrise in den Jahren 1973 und 1974. Er wurde dadurch ausgelöst, daß die Mineralölkonzerne aus Furcht vor einer anhaltenden Verknappung des Angebots an Rohöl ihre Vorräte trotz erhöhter Preise kräftig aufstockten. Deshalb stieg auch der Empfang von Rohöl aus den erdölfördernden Ländern im Hafen Brunsbüttel von 2,7 Millionen t im Jahre 1972 auf 4,0 Millionen t im Jahre 1973 sprunghaft an. Im Jahre 1974 erreichte er sogar 4,8 Millionen t und selbst 1975 und 1976 war er noch weit höher als vor dem Jahr der Energiekrise. Da das Rohöl wegen fehlender Lagerkapazität der Raffinerie in Heide zum größten Teil sofort verarbeitet werden mußte und auch für die Lagerung der Mineralölprodukte nicht genügend Speicher vorhanden waren, führte der erhöhte Empfang von Rohöl zu einem verstärkten Abtransport der Mineralölerzeugnisse. So übertrug sich der Transportboom in der Überseetankerschiffahrt zwangsläufig auf die Binnenschifffahrt. Der Höhepunkt der Transporte lag in der Binnenschifffahrt allerdings ein Jahr früher als in der Seeschifffahrt, mit 3,5 Millionen t (1973) gegenüber 3,4 Millionen t (1974) war der Unterschied zwischen beiden Jahren jedoch nur gering. Danach ging die beförderte Menge von Jahr zu Jahr erheblich zurück: Zunächst auf 3,0 Millionen t, dann auf 2,6 Millionen t und für 1977 auf die bereits erwähnten 2,3 Millionen t. In allen drei Jahren war sie damit geringer als in den Jahren 1970 bis 1972. Nimmt man den Durchschnitt aus den Jahren 1973 bis 1977, ergibt sich gegenüber den drei Jahren vor der Energiekrise trotz des erwähnten Transportbooms ein Minderaufkommen von etwa 200 000 t jährlich, was auf die Wirtschaftsrezession in den Jahren 1974 und 1975 und die labile Konjunktur in der Folgezeit zurückzuführen sein dürfte.

Erdöl bezieht die Raffinerie in Heide im übrigen nicht nur direkt aus den erdölfördernden Ländern, sondern auch auf dem Umweg über den Hafen Hamburg. Im Jahre 1977 wurden etwa 200 000 t Rohöl im Binnenschiffsverkehr von Hamburg nach Brunsbüttel befördert. Dieser Verkehr, der 1970 noch 456 000 t umfaßte, ist im Laufe der Zeit immer geringer geworden. Diese

Entwicklung ist unter anderem auf die Inbetriebnahme des Elbehafens Brunsbüttel im Jahre 1973 zurückzuführen. Solange er noch nicht existierte, konnten nur kleinere Tanker aus Übersee in Brunsbüttel festmachen. Inzwischen können Tanker mit einer Ladung bis zu 120 000 t Rohöl in Brunsbüttel gelöscht werden. Die Anlandung noch größerer Mengen verhindert im Augenblick nur die zu geringe Wassertiefe der Elbe, die im Elbehafen etwa 10 m beträgt.

An der Spitze der flüssigen Brennstoffe, die im Verkehr mit Schleswig-Holstein in der Binnenschifffahrt transportiert wurden, stand 1977 jedoch nicht Erdöl, sondern die Gruppe: Gasöl, Dieselöl und leichtes Heizöl mit knapp 850 000 t. Dahinter folgten schweres Heizöl mit 522 000 t, Schmieröle und -fette mit 387 000 t und Motorenbenzin mit 346 000 t. Außerdem wurden noch geringe Mengen von Bitumen befördert.

Wichtigster Umschlagplatz für flüssige Brennstoffe ist in Schleswig-Holstein der Hafen Brunsbüttel. Ihn verließen im Jahre 1977 insgesamt 1,4 Millionen t Mineralölerzeugnisse. Dieser Menge standen auf der Empfangsseite 352 000 t gegenüber. Von dem gesamten Umschlag an flüssigen Brennstoffen, der von der Binnenschifffahrt in Häfen Schleswig-Holsteins getätigt wurde, entfielen somit genau zwei Drittel auf Brunsbüttel. Welchen Anteil die einzelnen Produktgruppen am Umschlag in Brunsbüttel hatten, geht aus der Tabelle hervor.

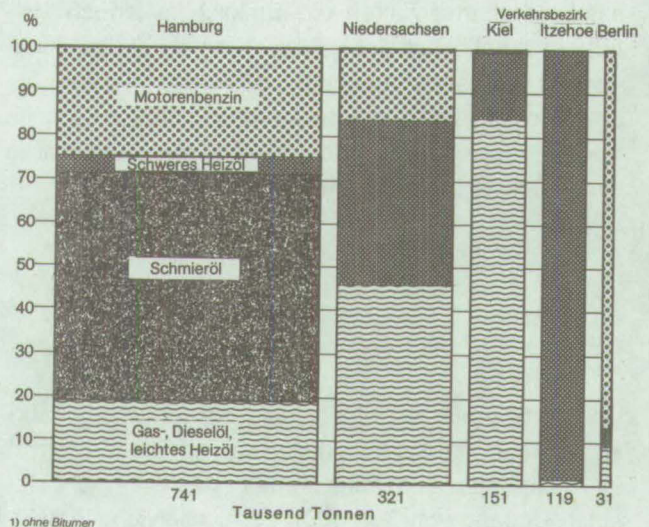
Im Empfang steht rohes Erdöl mit einem Anteil von mehr als 50 % an der Spitze. Danach folgen Gasöl, Dieselöl und Heizöl mit etwas mehr als 40 %. Diese Mineralölerzeugnisse kamen vorwiegend aus Hamburg. Im Versand herrschen Gasöl, Dieselöl und leichtes Heizöl vor. An zweiter Stelle folgen die Schmieröle, dann schweres Heizöl, Motorenbenzin und schließlich Bitumen.

**Erdöl- und Mineralölerzeugnisumschlag der Binnenschifffahrt in Brunsbüttel 1977**

Gütergruppe	Versand		Empfang	
	1000 t	%	1000 t	%
Rohes Erdöl	—	—	201	57
Motorenbenzin	267	20	1	0
Gasöl, Dieselöl, leichtes Heizöl	417	31	115	33
Schweres Heizöl	292	21	35	10
Schmieröle	386	28	0	0
Bitumen	1	0	—	—
<b>Insgesamt</b>	<b>1 364</b>	<b>100</b>	<b>352</b>	<b>100</b>

**Binnenschifffahrt:  
Die Empfänger von Mineralölerzeugnissen<sup>1)</sup>  
aus Brunsbüttel 1977**

D - 4960



Auch im Versand taucht als wichtigster Abnehmer Hamburg auf. Dorthin wurden 1977 741 000 t Mineralölerzeugnisse befördert. Das sind über 50 % der im Versand registrierten Mengen. Niedersachsen nahm mit 321 000 t hinter Hamburg den zweiten Platz ein. Erst dann folgen die Verkehrsbezirke Kiel und Itzehoe mit 151 000 t und 119 000 t. Den Schluß bildet Berlin mit 31 000 t.

Die Versorgung der schleswig-holsteinischen Häfen mit Kraftstoffen und Heizöl wird jedoch nicht von Brunsbüttel, sondern von den Raffinerien in Hamburg beherrscht. Sie lieferten 1977 insgesamt 719 000 t Kraftstoffe und Heizöl nach Schleswig-Holstein, womit über 70 % der in der Binnenschifffahrt empfangenen Kraftstoff- und Heizölmengen aus Hamburg stammten. Selbst in den Verkehrsbezirk Kiel lieferte Hamburg 1977 mehr Kraftstoffe als Brunsbüttel. Ein leichtes Übergewicht hatte Hamburg auch im Verkehrsbezirk Itzehoe/Ratzeburg. Lübeck bezog Kraftstoffe und Heizöl sogar nahezu ausschließlich aus Hamburg.

An dem Abtransport der Mineralölerzeugnisse aus dem Hafen Brunsbüttel waren rund 90 Motortankschiffe, Tankschubleichter und Tankschleppkähne beteiligt. Sie verfügten über eine Tragfähigkeit von zusammen etwa 82 000 t. Die durchschnittliche Tragfähigkeit der eingesetzten Schiffe lag bei 900 t. Für den Abtransport der Mineralölerzeugnisse wurden 1,7 Millionen t Tragfähigkeit aufgewendet. Bei einem Ladungsgewicht von

1,5 Millionen t erreichten die Schiffe damit eine durchschnittliche Auslastung von 86 %. Die Beanspruchung der Tragfähigkeit war also im Verkehr mit flüssigen Brennstoffen ebenso hoch wie im Sandverkehr. Insgesamt gesehen erzielten die Tankschiffe jedoch eine höhere durchschnittliche Auslastung als die im Sandverkehr eingesetzten Schiffe, weil manche Tankschiffe auch die Rückfahrt beladen antraten. Insbesondere im Verkehr zwischen Brunsbüttel und Hamburg waren einige Schiffe oft in beiden Richtungen beladen.

### Güterverkehr mit Nahrungs- und Futtermitteln

Das dritte große Betätigungsfeld der Binnenschifffahrt im Verkehr mit Schleswig-Holstein ist der Transport von Nahrungs- und Futtermitteln. 1977 erreichte er einen Umfang von 789 000 t (einschließlich landwirtschaftlicher Erzeugnisse). Davon entfielen auf Futtermittel allein 389 000 t. Es handelte sich dabei vorwiegend um Ölkuchen und andere Rückstände der Pflanzenölgewinnung. An zweiter Stelle folgte Getreide mit 255 000 t.

Nur ein geringer Teil dieses Güterverkehrs spielt sich innerhalb der Landesgrenzen ab. Mengenmäßig machte er 1977 etwa 5 % aus. Im Verkehr über die Landesgrenzen steht der Empfang im Vordergrund. Er belief sich im vergangenen Jahr auf 607 000 t. Der Versand erreichte dagegen einen Umfang von 141 000 t. Empfang und Versand standen also im Verhältnis 4 : 1.

Im „grenzüberschreitenden“ Verkehr ist wiederum Hamburg der wichtigste Partner. Der Bezug von Nahrungs- und Futtermitteln aus Hamburg belief sich 1977 auf 568 000 t. Das sind 94 % des Empfangs aus Häfen außerhalb Schleswig-Holsteins. Die Lieferungen von Hamburg nach Schleswig-Holstein bestanden vorwiegend aus Futtermitteln und Getreide. Die Futtermittel gingen hauptsächlich in den Verkehrsbezirk Itzehoe/Ratzeburg, dort wiederum nach Uetersen. Aber auch Rendsburg im Verkehrsbezirk Kiel nahm größere Mengen Futtermittel aus Hamburg auf. Beim Empfang von Getreide aus Hamburg lag der Verkehrsbezirk Itzehoe/Ratzeburg mit 78 000 t knapp vor dem Verkehrsbezirk Lübeck mit 71 000 t.

Auch beim Verkehr aus Schleswig-Holstein nimmt Hamburg eine überragende Stellung ein. Von insgesamt 141 000 t nahm der Hamburger Hafen 100 000 t gleich 71 % auf. An der Spitze der Lieferungen standen dabei Ölsaaten und Getreide.

Zieht man von der Gütermenge, die die Binnenschifffahrt im Verkehr mit Schleswig-Holstein im Jahre 1977 insgesamt befördert hat, die drei behandelten Güterbereiche ab, verbleiben noch 187 000 t. Das sind weniger als 5 % der gesamten Gütermenge. Die restlichen Güterbereiche spielen also für die Binnenschifffahrt nur eine untergeordnete Rolle.

Karlheinz König

Weitere Angaben siehe Stat. Bericht H II 1

**ERLÄUTERUNGEN:** Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“. Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. „1 – 5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 – weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- – nichts vorhanden
- – Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / – Zahlenwert nicht sicher genug
- × – Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... – Angabe fällt später an

# Kapitalgesellschaften

Die Statistik erfaßt Kapitalgesellschaften, die im Handelsregister der schleswig-holsteinischen Amtsgerichte eingetragen sind. Es handelt sich um Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Kommanditgesellschaften a. A. gibt es in Schleswig-Holstein nicht. Die Statistik wird seit 1952 durchgeführt. Die Fortschreibung wird durch Mitteilungen der Amtsgerichte ermöglicht, die Zu- und Abgänge, Kapitalerhöhungen und -herabsetzungen sowie sonstige Veränderungen (z. B. Errichtung von Zweigniederlassungen, Sitzverlegungen innerhalb des Landes) melden. Wird die Eröffnung eines Liquidations- oder Konkursverfahrens gemeldet, so wird dieses Unternehmen vom jeweiligen Bestand abgesetzt.

Die Zahl der Kapitalgesellschaften hat sich von 1952 bis 1975 vervierfacht. Im Jahre 1952 waren 1 000 Kapitalgesellschaften bei den schleswig-holsteinischen Amtsgerichten eingetragen und 1975 fast 4 000. Die Entwicklung verlief jedoch bei den beiden Gesellschaftsarten unterschiedlich. Die Zahl der Aktiengesellschaften ging um ein Drittel (von 74 auf 48) zurück und die der Gesellschaften m.b.H. vervierfachte sich (von 926 auf 3 939). Das Übergewicht der Gesellschaften m.b.H. hat sich also weiterhin verstärkt. Im Jahre 1952 hatten knapp 93 %

der Kapitalgesellschaften diese Rechtsform und 1975 sind es fast 99 % gewesen. Das liegt daran, daß in Schleswig-Holstein Großbetriebe mit hoher Kapitalintensität, für die die Rechtsform der Aktiengesellschaft vorteilhafter ist, fehlen. Ein Vergleich mit dem Bundesgebiet zeigt, daß es in Schleswig-Holstein nur relativ kleine Kapitalgesellschaften gibt. Die drei jeweils größten Kapitalgesellschaften wiesen im Jahre 1975 im Bundesgebiet ein Kapital zwischen 1,7 und 1,9 Mrd. DM auf, in Schleswig-Holstein dagegen nur zwischen 100 und 140 Millionen DM. Nur knapp 1 % der schleswig-holsteinischen Kapitalgesellschaften haben 1975 ein höheres Kapital als 10 Mill. DM. Im Durchschnitt hat sich die Kapitalausstattung der Aktiengesellschaften seit 1952 von 2,2 Mill. DM auf 12,6 Mill. DM und die der Gesellschaften m.b.H. von 133 000 DM auf 340 000 DM erhöht. Insgesamt war das Kapital der Aktiengesellschaften 1975 fast viermal und das der Gesellschaften m.b.H. zehnmal höher als 1952.

Das wirtschaftliche Schwergewicht der Aktiengesellschaften liegt vom Kapital her gesehen im Bereich Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie im Schiffbau. Bei den Gesellschaften m.b.H. ist kein eindeutiger Schwerpunkt vorhanden. Über die Hälfte des Kapitals lag 1975 bei Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes.

Stand am 31. 12.	Aktiengesellschaften					Gesellschaften mit beschränkter Haftung				
	Anzahl	1952 = 100	Kapital			Anzahl	1952 = 100	Kapital		
			1 000 DM	1952 = 100	je Gesell- schaft in 1 000 DM			1 000 DM	1952 = 100	je Gesell- schaft in 1 000 DM
1952	74 <sup>a</sup>	100	159 301	100	2 153	926 <sup>b</sup>	100	122 753	100	133
1953	72 <sup>a</sup>	97	172 260	108	2 393	950 <sup>b</sup>	103	134 731	110	142
1954	74 <sup>a</sup>	100	180 060	113	2 433	930 <sup>b</sup>	100	129 677	106	139
1955	72 <sup>a</sup>	97	188 314	118	2 615	939 <sup>b</sup>	101	139 604	114	149
1956	71 <sup>a</sup>	96	192 112	121	2 706	939	101	147 727	120	157
1957	72 <sup>a</sup>	97	210 985	132	2 930	940	102	170 360	139	181
1958	70 <sup>a</sup>	95	210 551	132	3 008	964	104	182 060	148	189
1959	64 <sup>a</sup>	86	166 658	105	2 604	977	106	237 182	193	243
1960	67 <sup>a</sup>	91	216 696	136	3 234	990	107	277 825	226	281
1961	69 <sup>a</sup>	93	242 636	152	3 516	1 056	114	324 733	265	308
1962	68 <sup>a</sup>	92	245 675	154	3 613	1 128	122	371 289	302	329
1963	69 <sup>a</sup>	93	250 143	157	3 625	1 229	133	408 232	333	332
1964	71	96	259 880	163	3 660	1 324	143	469 494	382	355
1965	69	93	331 339	208	4 802	1 426	154	497 407	405	349
1966	66	89	354 906	223	5 377	1 525	165	594 398	484	390
1967	65	88	364 966	229	5 615	1 687	182	662 177	539	393
1968	66	89	413 341	259	6 263	1 863	201	720 330	587	387
1969	63	85	432 455	271	6 864	2 074	224	740 015	603	357
1970	62	84	448 479	282	7 234	2 284	247	840 386	685	368
1971	61	82	476 380	299	7 810	2 519	272	959 635	782	381
1972	55	74	499 185	313	9 076	3 024	327	1 004 693	818	332
1973	55	74	551 075	346	10 020	3 286	355	1 108 693	903	337
1974	47	64	555 637	349	11 822	3 601	389	1 277 177	1 040	355
1975	48	65	603 795	379	12 579	3 939	425	1 340 879	1 092	340

a) einschließlich RM-Gesellschaften: 1952 = 8; 1953 = 7; 1954 = 5; 1955 = 4; 1956 bis 1963 je 1

b) einschließlich RM-Gesellschaften: 1952 = 31; 1953 = 18; 1954 = 12; 1955 = 10

Hinweis: Anschlußzahlen siehe Statistische Berichte D I 1 (Kapitalgesellschaften)



# Baupreise

Die jährlichen Preisveränderungsraten für neuerrichtete Wohngebäude haben sich seit dem 2. Weltkrieg tendenziell erhöht. In den sechs Konjunktur- und Wachstumszyklen, die zwischen 1950 und 1976 beobachtet wurden, war die Preisentwicklung uneinheitlich. Die durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate – gemessen jeweils innerhalb der Zyklusjahre – pendelte zwischen 2,5 % (1964 bis 1967) und 9,1 % (1968 bis 1971). Diese Zyklusraten bewegten sich dabei wellenartig. Eine extreme Preissteigerungsrate zum Vorjahr wurde 1951 gemessen. Hier ließ der preistreibende Nachfragesog der Koreakrise die Preise um 15,8 % ansteigen. Ähnlich ausgeprägt waren jährliche Preisveränderungsraten im fünften Konjunkturzyklus. Hier wurden Raten von 16,4 % (1970) und 10,3 % (1971) in Jahresfrist ermittelt.

Die Entwicklung der Neubaupreise stellt das Ergebnis eines vielschichtigen Preisbildungsprozesses auf dem Baumarkt dar.

Preisbestimmende Faktoren auf der Nachfrageseite waren neben dem in der Nachkriegszeit ungebrochenen Bedarf überwiegend die Finanzierungsmöglichkeiten wie ihre Bedingungen. Auf einem bis in die jüngste Vergangenheit anzutreffenden Verkäufermarkt haben Kapitalverknappung und wechselnde Kapitalmarktsätze insbesondere im zinsreagiblen (sozialen) Wohnungsbau die Durchsetzbarkeit von Preisvorstellungen beeinflusst.

Preisbestimmende Faktoren auf der Angebotsseite waren überwiegend die Produktionskosten. Die in mehrjährigen Abständen durchgeführten Kostenstrukturere-

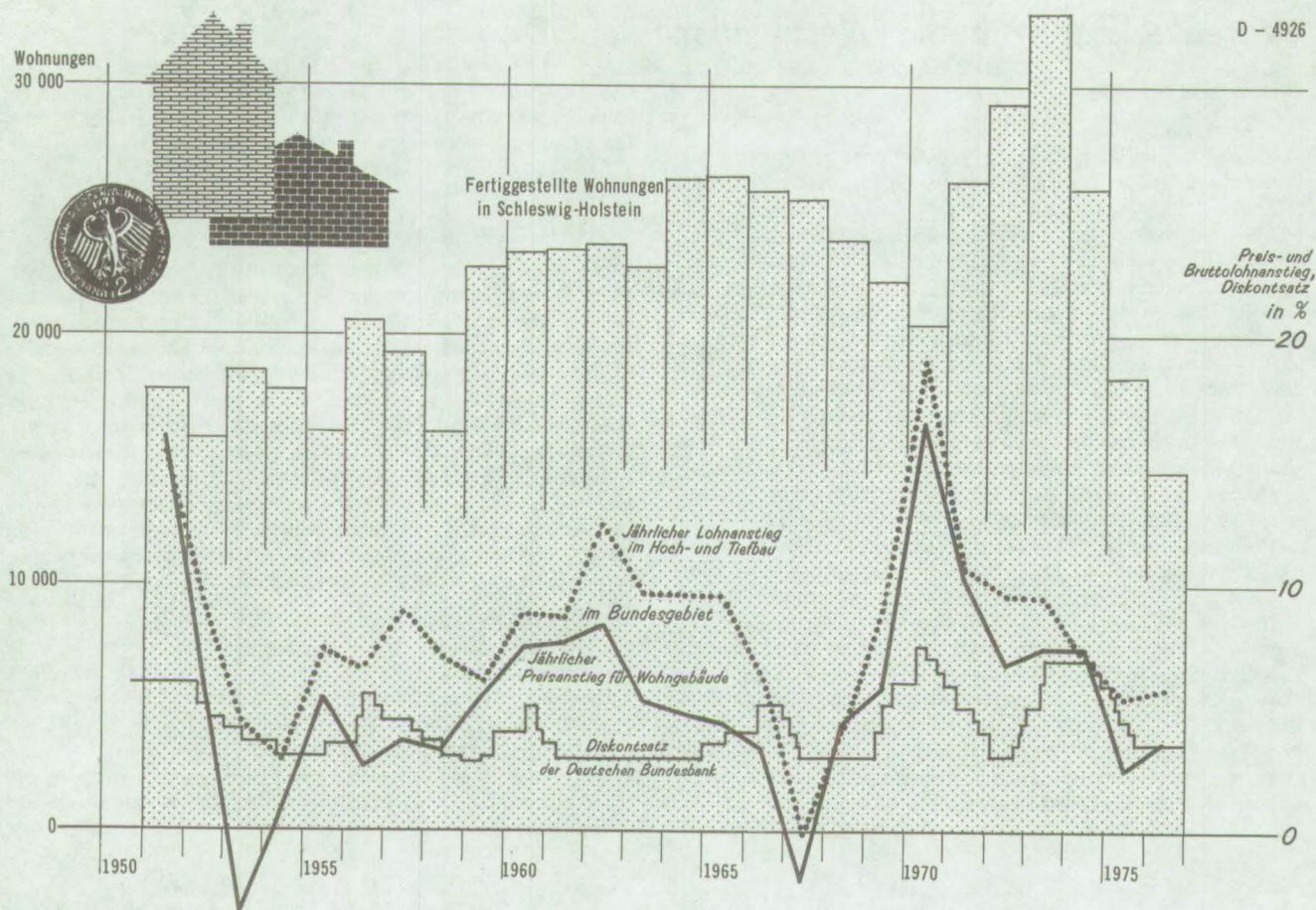
bungen im Hoch-, Tief- und Ingenieurbau weisen aus, daß etwa 70 % des Produktionswertes allein auf zwei Kostenarten – Personal und Material (Bau-, Hilfs- und Rohstoffe wie Bauteile) – entfallen. Dabei ist der Anteil der Personalkosten von 40 % im Jahre 1962 weiter angestiegen (46 % im Jahre 1974). Der Materialanteil hat hingegen von 29 % im Jahre 1962 leicht abgenommen (25 % im Jahre 1974). Der nachweisbare enge Zusammenhang (Korrelationskoeffizient = 0,9) zwischen der Preisentwicklung für neu errichtete Wohngebäude, Baumaterial und insbesondere der effektiv bezahlten Stundenlöhne im Hoch- und Tiefbau ist besonders zu Beginn des größten Baubooms Anfang der 70er Jahre augenfällig. Die oben erwähnten extremen Preissteigerungsraten der Jahre 1970 und 1971 korrespondieren mit (noch höheren) Steigerungsraten der effektiven Stundenlöhne von 19 % und 11 %. Für den betrachteten Zeitraum läßt sich in der Regel nachweisen, daß die Steigerungsraten der im Bausektor gezahlten Löhne die Preissteigerungsraten für Neubauten übertrafen. Diese Feststellung ist für die Beurteilung der Preisentwicklung einzelner Bauabschnitte bedeutungsvoll, da sie mehr oder weniger lohnintensiv ausgeführt werden müssen. Die grobe Gliederung der Bauabschnitte nach Rohbauarbeiten und Ausbauarbeiten läßt bereits einen stärkeren Preisanstieg der lohnintensiveren Ausbauarbeiten erkennen. So sind von 1970 – seit dieser Zeit wurden in Schleswig-Holstein praktisch alle Neubauwohnungen mit Bad und Zentralheizung ausgebaut – bis 1976 die Preise für Rohbauarbeiten um 34 % gestiegen, während die Ausbauarbeiten bereits eine Preissteigerungsrate von 52 % erreichten.

Preisindizes für Wohngebäude, Nichtwohngebäude und sonstige Bauwerke im Bundesgebiet\*  
1970 = 100

Jahres- durch- schnitt	Wohngebäude						Nichtwohngebäude			Sonstige Bauwerke		
	ins- gesamt	davon nach Abschnitten		Ein- familien- Gebäude	Mehr- familien- Gebäude	gemischt- genutzte	Büro- gebäude	landwirt- schaft- liche Betriebs- gebäude	gewerb- liche Betriebs- gebäude	Straßen- bau	Wirt- schafts- wegebau	Brücken im Straßen- bau
		Rohbau- arbeiten	Ausbau- arbeiten									
1958	51,0	49,2	52,9	51,2	50,9	52,0	52,0	52,8	52,9	70,1	67,8	56,4
1959	53,7	52,4	54,8	53,8	53,7	54,6	54,8	54,9	55,0	74,2	71,8	59,6
1960	57,7	56,6	58,5	57,8	57,8	58,4	58,5	58,7	58,5	77,7	74,4	63,0
1961	62,1	60,4	63,6	62,2	62,1	62,5	62,5	62,7	62,2	81,6	77,6	66,1
1962	67,2	65,8	68,5	67,3	67,3	67,5	67,5	67,6	66,9	87,1	82,8	70,6
1963	70,7	69,6	71,6	70,7	70,8	70,9	70,9	71,1	69,9	90,4	86,4	73,0
1964	74,0	72,8	74,9	73,9	74,1	74,1	73,9	74,1	72,7	89,6	86,8	75,1
1965	77,1	75,1	78,7	77,1	77,1	77,2	76,7	76,8	75,5	84,9	83,4	76,1
1966	79,6	77,2	81,8	79,8	79,7	79,8	79,2	79,3	77,5	83,9	83,0	77,6
1967	77,9	74,9	80,7	78,2	77,9	77,8	77,3	77,5	73,8	80,0	79,9	74,7
1968	81,2	78,2	83,9	81,5	81,1	81,1	80,4	80,7	77,7	83,6	83,6	77,5
1969	85,9	83,6	87,9	86,0	85,8	85,9	85,4	85,3	84,5	87,3	87,1	84,0
1970	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1971	110,3	109,7	110,9	110,3	110,4	110,1	110,1	110,5	110,8	107,9	108,2	108,4
1972	117,8	116,5	118,9	117,7	118,0	117,0	117,2	118,1	116,2	109,3	110,3	112,9
1973	126,4	123,6	129,0	126,5	126,7	125,4	125,5	126,3	123,2	112,8	113,7	119,1
1974	135,6	129,3	141,4	135,8	136,0	134,0	134,0	134,9	130,5	123,6	125,1	125,5
1975	138,9	130,2	146,8	139,2	139,2	137,1	136,8	137,9	134,1	126,5	128,7	127,0
1976	143,7	134,3	152,1	144,1	144,0	141,6	141,5	143,3	139,5	128,3	130,6	130,0

\*) einschließlich Umsatz(Mehrwert)steuer - 1958/59 ohne Saarland und Berlin, 1960-1965 ohne Berlin

Quelle: Statistisches Bundesamt



### Zur Methode

Die in der Tabelle ausgewiesenen Indexreihen sind im Jahre 1958 auf eine seither beibehaltene neue methodische Basis gestellt worden. Unabwendbaren Bedürfnissen der Praxis folgend wurde der bis zum November 1958 nachgewiesene "Preisindex für den Wohnungsbau" mit dem neu berechneten "Preisindex für Wohngebäude" im Jahre 1954 rechnerisch verketten.

Für den alten "Preisindex für den Wohnungsbau" wurden die Preise für Baumaterialien, die Löhne für Bauarbeiter, die Preise für Bauleistungen von Handwerkern und die Gebühren für Baunebenleistungen ermittelt und aus ihnen - entsprechend dem früheren Schema des Statistischen Reichsamtes - die Preisentwicklung eines "Indexhauses" abgeleitet.

Für den jetzigen "Preisindex für Wohngebäude" werden allein Erzeugerpreise des Baugewerbes beobachtet. Sie entsprechen den Lieferungen einer bestimmten Arbeit am Bau durch ein Unternehmen an den Bauherrn - kurz den Bauleistungen. Die vierteljährlich beobachteten Preise dieser Bauleistungen werden zu Preismaßziffern umgerechnet - im wesentlichen also auf ein Basisjahr = 100 bezogen. Diese Maßziffern lassen sich sodann stufenweise bis zum Preisindex für Wohngebäude, Nichtwohngebäude und sonstige Bauwerke zusammenfassen. Dabei wird von den unterschiedlichen Gebäudetypen ausgegangen, die dem Index der Gebäudearten zugrunde liegen. Für diese Gebäudetypen verdichtet man die Maßziffern der einzelnen Bauleistungen entsprechend ihrer Bedeutung für den Gebäudetyp zunächst zu gebäudetypspezifischen Indizes der Bauarbeiten (Mauer- oder Zimmerarbeiten), alsdann zu Gruppenindizes für die in der VOB (Verdingungsordnung für Bauleistungen) genannten Abschnitte wie Rohbau- und Ausbaurbeiten sowie zum Index der "Bauleistungen am Gebäude" für den betreffenden Gebäudetyp (z. B. gewerbliches Betriebsgebäude - Stahlbeton, offene Halle). Die Indizes der Gebäudetypen werden weiter unter Berücksichtigung aller zur Verfügung stehenden Informa-

tionen aus der Bautätigkeitsstatistik zu Indizes der Gebäudearten (wie Einfamilienhäuser insgesamt oder Wohngebäude insgesamt) zusammengefaßt. Die Indizes der "Bauleistungen am Gebäude" werden dann um Informationen über die Preisentwicklungen der Baunebenleistungen zu Preisindizes für Wohngebäude, Nichtwohngebäude und sonstige Bauwerke ergänzt.

Diese Preisindizes waren ursprünglich auf den bautechnischen Entwicklungsstand des Jahres 1958 bezogen. Es wurden Preise von insgesamt 120 Bauleistungen bei 1 200 Firmen im Bundesgebiet erfragt. Um der technischen Entwicklung in der Bauwirtschaft seit 1959 zu entsprechen, wurde der Index den geänderten Verhältnissen in der Bauwirtschaft der Jahre 1962 und 1970 angepaßt. Bei den Rohbauarbeiten wurde insbesondere der wachsenden Bedeutung neuer Baustoffe (wie Glasbausteine, Betonwerkstein-Plattenbelege, Erzeugnisse aus Kunststoff, Glas und Schaumbeton) Rechnung getragen und neue Fertigungsverfahren (vorgefertigte Wände und Decken) berücksichtigt. Den Erfordernissen einer verbesserten Schall- und Wärmeisolierung sowie eines verbesserten Korrosionsschutzes wurde unter anderem durch zusätzliche Berücksichtigung von Preisen für schwimmenden Estrich, Gipsakustikplatten, Mehrscheibenisolierverglasung und neuartigen Bodenbelegen entsprochen. Dabei wurde der Index nach Verkettung der Zahlen für Februar 1962 auf Basis 1962 = 100 weitergeführt. Im Februar 1968 wurde die Verkettung für den nunmehr auf Basis 1970 = 100 berechneten Index wiederholt.

1962 wurden die Preise für 272 Regelbauleistungen bei etwa 4 000 Berichtsbetrieben im Bundesgebiet beobachtet. Mit der Indexreform des Jahres 1970 ermäßigte sich die Anzahl der beobachteten Regelleistungen auf 208 Positionen. Für das Land Schleswig-Holstein wird kein landesspezifischer Index veröffentlicht. Die in Schleswig-Holstein ermittelten Bauleistungspreise werden jedoch bei der Berechnung der Bundesindizes angemessen berücksichtigt.

# Warenverkehr mit Berlin (West) und mit der DDR

## Warenverkehr mit Berlin (West)

Grundlage für die Ermittlung des Warenverkehrs zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet bilden die hierfür vorgeschriebenen Warenbegleitscheine. Diese Begleitdokumente sind mit dem Inkrafttreten des Transitabkommens im Jahre 1972 neu gefaßt und dabei wesentlich vereinfacht worden. Da unter anderem die Kennzeichnung des liefernden und beziehenden Bundeslandes entfiel, ist ab 1972 eine regionale Aufgliederung der Ergebnisse nicht mehr möglich. Der Warenaustausch zwischen Berlin (West) und einzelnen Bundesländern wird ab 1972 nur noch durch die Transportstatistiken wiedergegeben, die jedoch nicht die Warenwerte, sondern die Gütermengen erfassen. Die untenstehende Tabelle umfaßt alle Transporte von Waren im Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehr. In den Zahlen über die Lieferungen aus Berlin ist außerdem der Warenverkehr zwischen Berlin (West) und dem Ausland enthalten, soweit die Lieferungen das übrige Bundesgebiet im Durchgangsverkehr berührten. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Schleswig-Holstein und West-Berlin sind durch eine aufsteigende Entwicklung gekennzeichnet. Betrug der Warenumsatz 1950 insgesamt 180 Millionen DM, so wurden 25 Jahre später 827 Millionen DM umgesetzt. Nach dem 2. Weltkrieg stand zunächst die Versorgung West-Berlins im Vordergrund, da durch die Spaltung Deutschlands West-Berlin von seinen traditionellen Liefermärkten abgeschnitten worden war. Die Lieferungen erreichten 1950 daher auch schon einen Wert von 156 Millionen DM. Davon entfielen 104 Millionen DM auf Güter der Ernährungsindustrie. Bis 1971 waren die Lieferungen auf 443 Millionen DM geklettert. Die Ernährungsindustrie konnte ihre Lieferungen auf 245 Millionen DM erhöhen. Langfristig ist ihr Anteil jedoch zurückgegangen. Die Bezüge Schleswig-Holsteins aus West-Berlin hatten zunächst nur einen verhältnismäßig geringen Umfang. 1950 lag ihr Wert bei 22 Millionen DM. Nach und nach haben die Bezüge gegenüber den Lieferungen aber aufgeholt. 1971 bezog Schleswig-Holstein schließlich Waren im Werte von 384 Millionen DM. Damit lagen die Bezüge nur noch um rund 60 Millionen DM unter den Lieferungen. Aus Berlin wurden vor allem elektrotechnische Erzeug-

nisse, Maschinenbau- und Stahlbauerzeugnisse bezogen. Dahinter folgten die Warengruppen Textilien und Bekleidung, die aber erst seit Ende der fünfziger bzw. Ende der sechziger Jahre eine gewisse Bedeutung erlangt haben.

## Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)

Obwohl der Außenhandel der DDR sehr stark auf die östlichen Partner ausgerichtet ist, hat der innerdeutsche Handel im Verlaufe der Zeit erheblich an Bedeutung gewonnen. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß der Warenverkehr zwischen beiden Teilen Deutschlands für die Bundesrepublik formal kein Außenhandel ist, wodurch die Einfuhren aus der DDR nicht dem gemeinsamen Außenzolltarif der Europäischen Gemeinschaft unterliegen. Die vertragliche Grundlage des Warenverkehrs mit der DDR bildet das "Abkommen über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost)" aus dem Jahre 1951. Dieses Abkommen ist seit seinem Inkrafttreten zur Erleichterung und Ausweitung der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen mehrfach modifiziert worden. So ist der "Swing", faktisch ein zinsloser Überziehungskredit, wiederholt angehoben worden, wodurch der Warenaustausch zweifellos angeregt worden ist.

Sowohl die Bezüge als auch die Lieferungen Schleswig-Holsteins aus der DDR sind – langfristig gesehen – angestiegen. Gegenüber 1950 waren die Bezüge im Jahre 1975 etwa sechsmal so hoch, die Lieferungen sind auf mehr als das Dreifache angewachsen. Der starke Anstieg der Umsätze im Jahre 1970 gegenüber 1969 ist allerdings darauf zurückzuführen, daß die Zuordnung des Warenverkehrs nach Bundesländern sich ab 1970 wieder nach dem Land richtete, wo der Lieferer oder Bezieher seinen Sitz hat. Zwischen 1963 und 1969 war der Warenverkehr vorübergehend nach dem Genehmigungsland, das heißt dem Land, das die Bezugs- oder Liefergenehmigung ausstellte, aufgliedert worden.

Jahr	Warenverkehr mit											
	Berlin (West)					der DDR und Berlin (Ost)						
	Bezüge		Lieferungen			Bezüge		Lieferungen				
	insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	übrigen Bereiche		Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	übrigen Bereiche		Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	übrigen Bereiche		Erzeugnisse der Ernährungsindustrie	übrigen Bereiche
Wert in 1 000 DM												
1950	22 335	1 606	20 729	156 544	103 939	52 605	9 942	3 973	5 969	15 713	2 889	12 824
1951	20 947	.	.	180 514	.	.	2 657	.	.	9 402	.	.
1952	23 297	2 892	20 405	151 338	87 196	64 142	1 080	.	1 080	6 338	3 807	2 531
1953	27 704	1 491	26 213	187 193	116 399	70 794	2 078	469	1 609	5 555	622	4 933
1954	35 653	2 745	32 908	190 301	109 702	80 599	2 622	1 051	1 571	10 852	906	9 946
1955	59 053	8 403	50 650	237 719	146 777	90 942	3 963	1 200	2 763	17 447	3 964	13 483
1956	70 292	5 044	65 248	289 407	159 247	130 160	4 766	14	4 752	17 065	6 361	10 704
1957	79 673	2 326	77 347	336 592	183 021	153 571	3 744	250	3 494	15 344	1 263	14 081
1958	97 506	4 538	92 968	337 048	162 950	174 098	3 692	749	2 943	14 537	397	14 140
1959	140 903	8 126	132 777	408 726	212 929	195 797	18 459	1 006	17 453	18 316	5 790	12 526
1960	166 376	18 540	147 826	381 584	213 242	168 342	6 728	509	6 219	14 569	465	14 104
1961	171 647	18 300	153 347	404 786	235 129	169 657	6 097	174	5 923	16 517	4 191	12 326
1962	190 796	20 378	170 418	413 052	247 616	165 436	6 101	214	5 887	19 801	8 806	10 995
1963	203 552	28 637	174 915	420 919	253 971	166 948	5 550	140	5 410	8 181	873	7 308
1964	229 293	37 647	191 646	400 938	240 714	160 224	6 069	556	5 513	13 997	4 902	9 095
1965	239 408	44 231	195 177	438 116	259 260	178 856	15 195	7 645	7 550	8 333	2 484	5 849
1966	264 944	42 134	222 810	411 450	252 982	158 468	21 567	11 896	9 671	15 159	742	14 417
1967	290 333	44 652	245 681	389 582	241 000	148 582	10 201	1 568	8 633	12 769	873	11 896
1968	291 183	37 263	253 920	455 336	298 636	156 700	14 670	244	14 426	9 947	718	9 229
1969	360 158	38 904	321 254	437 987	272 141	165 846	19 150	298	18 852	12 487	1 755	10 732
1970	384 862	45 285	339 577	440 073	262 718	177 355	64 522	2 118	62 404	56 985	12 380	44 605
1971	384 175	59 056	325 119	443 213	245 026	198 187	79 648	3 689	75 959	51 205	14 785	36 420
1972	.	.	.	.	.	.	44 008	4 324	39 684	52 888	6 823	46 065
1973	.	.	.	.	.	.	60 533	4 585	55 948	50 650	4 626	46 024
1974	.	.	.	.	.	.	91 513	3 909	87 604	63 175	4 422	58 753
1975	.	.	.	.	.	.	64 033	3 031	61 002	50 287	5 813	44 474

Anmerkung: In den Jahren von 1950 bis 1957 wurde Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost) nach Verrechnungseinheiten (VE) abgerechnet. Praktisch bedeutet jedoch eine Verrechnungseinheit 1 DM-West, so daß die Werte hier in DM angegeben wurden.

# STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

30. Jahrgang . Heft 7 . Juli 1978

## Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

### Monats- und Vierteljahreszahlen

		1976	1977	1977			1978				
		Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai		
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 583	2 586	2 584	2 585	2 586	...	...	...	...	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 205	1 193	1 126	1 130	1 612	674	1 213	721	...	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,6	5,5	5,1	5,3	7,3	...	...	...	...	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 066	1 947	2 150	1 930	1 993	1 783	1 978	1 920	...	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	9,6	9,0	9,8	9,1	9,1	...	...	...	...	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 675	2 589	3 035	2 623	2 596	2 511	2 847	2 433	...	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,4	12,0	13,8	12,4	11,8	...	...	...	...	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	34	26	37	33	17	25	33	21	...	
*	je 1 000 Lebendgeborene	16,3	13,5	17,2	17,1	8,5	14,0	16,7	10,9	...	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 609	- 642	- 885	- 693	- 603	- 728	- 869	- 513	...	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 2,8	3,0	- 4,0	- 3,3	- 2,7	...	...	...	...	
<b>Wanderungen</b>											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	6 110	6 303	6 280	6 341	5 994	...	...	...	...	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 476	5 289	4 960	4 691	4 774	...	...	...	...	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 634	+ 1 014	+ 1 320	+ 1 650	+ 1 220	...	...	...	...	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 495	9 943	9 932	8 991	8 393	...	...	...	...	
Wanderungsfälle	Anzahl	21 081	21 535	21 172	20 023	19 161	...	...	...	...	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	142	146	142	137	125	...	...	...	...	
<b>Arbeitslage</b>											
*Arbeitslose	1 000	47	47	52	48	43	57	50	45	39	
darunter *Männer	1 000	24	23	27	24	21	30	26	22	19	
Kurzarbeiter	1 000	5	3	6	5	3	6	5	3	3	
darunter Männer	1 000	3	2	4	3	2	5	4	3	2	
Offene Stellen	1 000	9	9	11	11	11	10	12	12	11	
darunter für Männer	1 000	6	6	6	6	6	6	7	7	6	
<b>Landwirtschaft</b>											
<b>Viehbestand</b>											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 560 <sup>a</sup>	1 565 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.	
darunter *Milchkühe											
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	513 <sup>a</sup>	515 <sup>a</sup>	.	.	.	.	.	.	.	
*Schweine	1 000	1 696 <sup>a</sup>	1 796 <sup>a</sup>	.	1 734	.	.	.	1 941	.	
darunter *Zuchtsauen	1 000	181 <sup>a</sup>	194 <sup>a</sup>	.	187	.	.	.	204	.	
darunter *trächtig	1 000	123 <sup>a</sup>	130 <sup>a</sup>	.	122	.	.	.	136	.	
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	36	38	37	33	31	32	34	34	34	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	223 <sup>b</sup>	236 <sup>c</sup>	237	224	234	214	236	235	256	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	6 <sup>b</sup>	5 <sup>c</sup>	5	4	3	6	5	4	3	
<b>*Schlachtsmengen<sup>5)</sup> aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)</b>											
	1 000 t	28,0	29,2	29,0	27,0	27,0	26,1	28,4	28,7	30,6	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	9,4	10,1	9,8	8,7	8,3	8,9	9,1	9,3	9,4	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	18,4	18,9	19,0	18,1	18,9	17,0	19,0	19,1	21,0	
<b>Durchschnittliches Schlachtgewicht für</b>											
Rinder (ohne Kälber)	kg	272	274	270	270	269	282	277	278	277	
Kälber	kg	95	97	92	95	98	102	100	99	100	
Schweine	kg	84	82	82	82	82	82	82	83	83	
<b>Geflügel</b>											
Eingelegte Bruteier 6)	*für Legehennenküken	1 000	520	215	199	170	196	211	152	196	217
	für Masthühnerküken	1 000	1 115	1 070	1 090	1 125	1 254	1 078	1 153	1 122	1 262
*Geflügelfleisch 7)		1 000 kg	902	887	987	838	828	808	846	843	833
<b>*Milcherzeugung</b>											
	1 000 t	190	195	239	242	251	192	243	249	257	
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	94	95	95	97	97	96	96	97	98	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	12,3	12,5	15,0	15,7	15,7	13,3	15,2	16,1	16,1	

\* Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1976/77 = 8

c) Winterhalbjahr 1977/78 = 7

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1976	1977	1977			1978			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
<b>Industrie und Handwerk</b>										
<b>Verarbeitende Industrie<sup>8)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	164	p 164	164	164	163	164	163	163	162
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	118	p 118	117	117	117	116	116	116	115
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	18 145	p 17 796	18 980	18 114	17 641	17 061	17 757	17 515	17 308
*Löhne (brutto)	Mill. DM	225,0	p 232,6	226,9	221,6	230,4	212,9	227,8	237,3	246,1
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	124,0	p 134,1	124,6	123,6	128,8	127,8	131,1	137,2	139,8
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	.	p 1 020	1 411	1 213	998	p 848	p 1 896	p 990	p 1 047
darunter Ausland	Mill. DM	.	p 287	622	482	267	p 203	p 1 195	p 293	p 236
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	1 939	p 1 995	2 154	1 800	1 874	1 669	2 169	1 902	2 040
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	357	p 406	472	314	378	265	488	309	382
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>9)</sup>	20	p 14	17	23	19	9	9	14	14
*Gasverbrauch <sup>10)</sup>	Mill. m <sup>3</sup>	21,5	p 26,8	27,9	25,8	27,1	30,2	33,0	34,7	35,1
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m <sup>3</sup>	4,3	p 4,0	5,6	4,8	3,8	2,9	2,8	2,0	2,0
*Erd- und Erdölgas	Mill. m <sup>3</sup>	17,1	p 22,9	22,4	21,1	23,2	27,3	30,2	32,7	33,1
*Heizölverbrauch	1 000 t	82	p 79	88	84	78	77	84	80	71
*leichtes Heizöl	1 000 t	17	p 17	20	18	15	22	20	19	15
*schweres Heizöl	1 000 t	65	p 63	68	66	64	56	64	61	56
*Stromverbrauch	Mill. kWh	180	p 182	193	180	179	182	190	201	188
*Stromerzeugung (industrieller Eigenerzeugung)	Mill. kWh	35	p 35	32	30	31	32	31	30	29
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)										
<b>Handwerk (Meßzahlen)<sup>11)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1970 = 100	91,7	95,0	92,1	.	.	.	94,1	.	.
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970 = 100	149,8	169,6	128,9	.	.	.	124,9	.	.
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	.	.	.	.	.	.	.	.	.
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	.	.	.	.	.	.	.	.	.
*Gaserzeugung (brutto) <sup>10)</sup>	Mill. m <sup>3</sup>	3	...	5	5	3	8	5	5	3
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe (die Ergebnisse ab März 1978 sind vorläufig)<sup>12)</sup></b>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	.	52 790	52 769	52 691	52 969	51 544	52 227	53 433	54 005
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	.	6 523	7 177	6 844	7 308	3 394	5 994	7 048	7 337
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	.	2 999	3 295	3 188	3 355	1 627	2 803	3 228	3 225
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	.	1 063	1 331	1 173	1 221	579	949	1 109	1 293
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	.	2 190	2 279	2 243	2 460	1 064	2 012	2 440	2 523
*Löhne (brutto)	Mill. DM	.	93,2	93,1	93,6	106,3	49,0	89,4	100,1	116,4
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	.	14,0	12,9	12,8	13,8	13,6	13,8	13,8	14,2
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	.	333,3	205,8	209,9	258,8	118,0	150,5	186,7	211,2

\*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschließlich Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie. Die Ergebnisse ab Januar 1977 sind mit denen aus früheren Jahren infolge Einführung eines neuen Konzepts nur bedingt vergleichbar; siehe hierzu sowie bezüglich der verwendeten Begriffe die Vorbemerkungen zum Statistischen Bericht E I 1

9) Eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) umgerechnet auf einen Heizwert von 35 169,12 kJ/m<sup>3</sup>

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

12) 1976 ohne Fertigteilebau und Bauhilfsgewerbe, daher mit 1977 nicht vergleichbar

## Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1976	1977	1977			1978			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
<b>Noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	936	960	884	912	976	964	1 192	1 103	1 310
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	899	927	851	880	953	942	1 134	1 047	1 252
*Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	761	792	751	794	789	730	1 073	1 041	1 259
*Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	134	135	128	136	130	126	188	183	213
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	168	167	150	143	165	117	149	170	202
*Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	579	508	504	382	543	249	474	566	736
*Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	106	94	83	84	101	51	88	113	128
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 437	1 416	1 381	1 389	1 298	1 286	1 965	1 836	2 268
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohnungen <sup>13)</sup>	Anzahl	1 321	1 540	556	626	448	218	270	531	486
Wohnräume <sup>13)</sup>	Anzahl	6 221	7 274	2 696	2 647	2 257	1 127	1 270	1 602	2 419
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr</b>										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	449,5	507,6	774,5	460,2	597,9	354,0	472,1	497,6	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	56,3	75,5	86,2	94,8	76,6	62,9	72,8	86,9	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	393,3	432,2	688,3	365,4	521,2	291,1	399,3	410,7	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	9,6	9,4	10,8	9,8	10,0	9,5	9,8	10,1	...
*Halbwaren	Mill. DM	31,6	27,7	32,8	30,7	35,7	29,3	26,9	29,3	...
*Fertigwaren	Mill. DM	352,1	395,0	644,8	325,0	475,5	252,3	362,6	371,3	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	28,7	28,5	32,7	26,4	30,9	26,5	31,1	27,4	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	323,4	366,6	612,0	298,6	444,6	225,9	331,6	343,9	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	189,8	191,5	271,7	201,5	192,8	170,8	182,8	185,8	...
darunter Italien	Mill. DM	19,5	18,2	22,9	20,3	18,9	18,2	14,4	19,1	...
Niederlande	Mill. DM	36,7	41,8	44,7	65,6	41,4	37,1	48,0	41,6	...
Dänemark	Mill. DM	48,1	36,7	54,7	40,1	46,1	38,9	36,3	36,0	...
Großbritannien	Mill. DM	36,4	43,5	93,2	28,2	37,4	20,4	27,2	37,4	...
*Einzelhandelsumsätze (Mißzahl)	1970 = 100	173,6	188,5	186,1	r 178,8	185,0	168,2	201,2	191,9	...
*Gastgewerbeumsätze (Mißzahl)	1970 = 100	158,9	169,6	126,4	149,0	181,3	104,1	142,3	145,7	...
<b>Fremdenverkehr in 159 Berichtsgemeinden</b>										
*Fremdenmeldungen	1 000	247	253	139	202	282	83	174	p 181	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	20	12	21	22	10	15	p 20	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	2 040	2 042	639	1 042	1 492	317	951	p 740	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	40	41	27	40	42	21	34	p 35	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Seeschifffahrt <sup>14)</sup></b>										
Güterempfang	1 000 t	1 103	...	1 089	1 074	1 303	...	...	...	...
Güterversand	1 000 t	442	...	482	454	467	...	...	...	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
*Güterempfang	1 000 t	190	196	214	200	149	200	202	220	177
*Güterversand	1 000 t	242	234	239	243	154	146	255	267	245
<b>*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge</b>										
Anzahl		8 861	9 741	13 821	11 508	11 395	9 334	13 901	...	...
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	179	198	384	403	462	108	543	...	...
*Personenkraftwagen <sup>15)</sup>	Anzahl	7 888	8 704	12 331	10 251	10 108	8 525	12 353	...	...
*Lastkraftwagen (einschl. mit Spezialaufbau)	Anzahl	424	452	555	492	r 491	376	572	...	...
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 476	1 560	1 312	1 416	1 629	1 062	1 272	1 329	p 1 608
*Getötete Personen	Anzahl	49	61	47	58	51	45	27	46	p 53
*Verletzte Personen	Anzahl	1 932	2 052	1 717	1 883	2 143	1 411	1 769	1 740	p 2 073

\*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) Zimmer mit 6 und mehr m<sup>2</sup> Fläche und alle Küchen

14) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

15) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1976	1977	'977			1978			
		Monats- durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Kredite und Einlagen <sup>16)</sup></b>										
*Kredite 17) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	32 062	36 181	32 960	33 412	33 600	36 688	37 281	37 620	...
darunter										
*Kredite 17) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	30 194	34 096	30 937	31 329	31 505	34 613	35 219	35 554	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	5 476	6 107	5 539	5 639	5 580	5 850	6 076	6 126	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 404	5 987	5 492	5 488	5 530	5 785	6 039	6 085	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	72	121	47	151	50	65	37	41	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 159	3 638	3 218	3 269	3 289	3 598	3 669	3 709	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	2 707	3 058	2 741	2 795	2 817	2 997	3 055	3 106	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	452	580	478	474	472	600	614	603	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	21 558	24 351	22 179	22 421	22 636	25 165	25 474	25 718	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	17 089	19 292	17 523	17 689	17 880	19 617	19 783	20 030	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	4 469	5 060	4 656	4 731	4 756	5 548	5 690	5 689	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite <sup>17)</sup> von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	24 233	26 612	24 220	24 260	24 623	26 677	26 666	26 672	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	12 528	14 060	12 463	12 518	12 843	14 136	14 146	14 112	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 046	9 458	8 022	8 119	8 462	9 550	9 512	9 703	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	4 483	4 602	4 441	4 399	4 381	4 586	4 634	4 409	...
*Spareinlagen	Mill. DM	11 705	12 552	11 756	11 742	11 780	12 541	12 520	12 561	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	6 742	7 130	6 748	6 732	6 745	7 128	7 117	7 120	7 133
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	589	649	574	546	474	598	533	531	520
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	509	580	592	560	437	539	554	490	486
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	35	26	25	24	20	16	44	21	33
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	0,4	-	-	-	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	285	280	358	314	314	178	249	...	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,5	1,3	1,5	1,2	1,2	1,7	2,4	...	...
<b>Steuern</b>										
		Vierteljahres- durchschnitt			1.Vj. 77		1.Vj. 78			
<b>Steueraufkommen nach der Steuerart</b>										
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 451,6	1 623,1	1 512,0	.	.	.	1 740,6	.	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 112,3	1 251,4	1 096,3	.	.	.	1 204,4	.	.
*Lohnsteuer 18)	Mill. DM	727,3	799,2	717,0	.	.	.	715,6	.	.
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	303,3	350,7	286,3	.	.	.	365,2	.	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	10,2	8,1	11,6	.	.	.	15,1	.	.
*Körperschaftsteuer 18)	Mill. DM	71,5	93,4	81,4	.	.	.	108,5	.	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	339,3	371,7	415,7	.	.	.	536,2	.	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	231,4	262,2	312,8	.	.	.	415,7	.	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	107,9	109,5	102,9	.	.	.	120,5	.	.
*Bundessteuern	Mill. DM	121,9	130,8	207,5	.	.	.	174,3	.	.
*Zölle	Mill. DM	0,8	0,9	1,2	.	.	.	0,6	.	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	105,8	120,2	191,8	.	.	.	158,6	.	.
*Landessteuern	Mill. DM	107,7	116,2	115,4	.	.	.	132,1	.	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	20,2	26,2	24,2	.	.	.	27,5	.	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	60,1	61,6	60,5	.	.	.	70,9	.	.
*Biersteuer	Mill. DM	3,3	3,8	2,8	.	.	.	3,1	.	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	231,4	254,0	225,8	.	.	.	250,5	.	.
*Grundsteuer A <sup>19)</sup>	Mill. DM	6,9	7,0	7,2	.	.	.	7,1	.	.
*Grundsteuer B <sup>20)</sup>	Mill. DM	41,6	42,7	44,5	.	.	.	46,4	.	.
*Gewerbsteuer										
nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	142,5	163,7	130,4	.	.	.	153,5	.	.
*Lohnsummensteuer	Mill. DM	19,2	20,0	19,9	.	.	.	21,3	.	.
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften</b>										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	826,8	923,7	936,5	.	.	.	999,8	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	443,3	501,9	428,0	.	.	.	469,1	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	234,1	256,5	286,9	.	.	.	357,8	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	27,5	34,6	5,1	.	.	.	1,4	.	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	835,8	953,9	870,4	.	.	.	1 017,5	.	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	515,0	579,9	516,9	.	.	.	573,2	.	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	185,6	223,3	232,9	.	.	.	313,6	.	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	27,5	34,6	5,1	.	.	.	1,4	.	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	329,6	366,5	255,4	.	.	.	249,2	.	.
*Gewerbsteuer										
nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>21)</sup>	Mill. DM	87,8	94,6	119,8	.	.	.	156,4	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	152,9	181,6	40,3	.	.	.	4,1	.	.

## Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1976	1977	1977			1978			
				Monats- durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April
<b>Preise</b>										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970 = 100	151,8	154,1	158,6	158,6	157,4	147,0	146,5	146,5	...
Ausfuhrpreise	1970 = 100	141,7	143,6	143,9	144,2	144,1	144,3	144,3	144,8	...
Grundstoffpreise <sup>22)</sup>	1970 = 100	146,8	149,2	151,6	151,4	151,1	145,7	145,6	145,1	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte <sup>22)</sup>	1970 = 100	140,8	144,4	144,1	144,7	144,8	145,2	145,5	145,8	146,3
landwirtschaftlicher Produkte <sup>22)</sup>	1970 = 100	149,0	142,4	147,9	145,5	p 144,4	p 142,5	p 141,3	p 137,4	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude <sup>23)</sup>	1970 = 100	143,7	150,7	-	-	150,9	155,5	-	-	-
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) <sup>22)</sup>	1970 = 100	147,8	152,0	153,3	154,5	p 154,5	p 151,4	p 151,8	p 152,2	...
Einzelhandelspreise	1970 = 100	136,5	141,7	140,7	141,5	142,2	144,2	144,5	145,0	145,6
*Preisindex der Lebenshaltung <sup>24)</sup> insgesamt	1970 = 100	140,8	146,3	145,2	145,9	146,5	149,2	149,7	150,1	150,5
darunter für										
*Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	136,8	143,7	142,6	144,0	145,0	145,2	145,5	146,6	146,8
Kleidung, Schuhe	1970 = 100	140,9	147,3	145,7	146,2	146,9	152,4	152,9	153,2	153,7
Wohnungsmieten	1970 = 100	140,0	144,7	143,6	143,8	144,2	147,6	148,1	148,3	148,7
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970 = 100	176,4	178,4	178,7	177,8	177,1	182,3	183,4	181,8	181,9
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970 = 100	135,5	140,2	139,4	139,6	140,3	144,8	145,2	145,5	145,3
<b>Löhne und Gehälter</b>										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	482	515	.	504	.	.	.	537	.
darunter *Facharbeiter	DM	507	539	.	528	.	.	.	560	.
*weibliche Arbeiter	DM	315	340	.	329	.	.	.	357	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	304	327	.	315	.	.	.	343	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	11,21	12,02	.	11,85	.	.	.	12,50	.
darunter *Facharbeiter	DM	11,77	12,57	.	12,40	.	.	.	13,09	.
*weibliche Arbeiter	DM	7,84	8,41	.	8,30	.	.	.	8,82	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	7,57	8,12	.	8,03	.	.	.	8,44	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	42,9	42,9	.	42,5	.	.	.	42,9	.
weibliche Arbeiter	Std.	40,1	40,2	.	39,7	.	.	.	40,5	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 555	2 722	.	2 690	.	.	.	2 873	.
*weiblich	DM	1 750	1 889	.	1 862	.	.	.	1 968	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 753	2 937	.	2 905	.	.	.	3 055	.
*weiblich	DM	1 704	1 813	.	1 793	.	.	.	1 893	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 240	2 383	.	2 341	.	.	.	2 482	.
*weiblich	DM	1 480	1 600	.	1 578	.	.	.	1 655	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 255	2 442	.	2 371	.	.	.	2 560	.
weiblich	DM	(1 613)	(1 701)	.	(1 704)	.	.	.	(1 670)	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	2 341	2 495	.	2 457	.	.	.	2 608	.
weiblich	DM	1 554	1 681	.	1 659	.	.	.	1 743	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 716	2 905	.	2 869	.	.	.	3 023	.
weiblich	DM	1 700	1 809	.	1 790	.	.	.	1 888	.

\*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

16) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

17) einschließlich durchlaufender Kredite  
19) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen  
21) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

18) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung  
20) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten  
22) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

23) Nur Neubau

24) für alle privaten Haushalte

25) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31. 12.



# Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen <sup>1)</sup>				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1973	2 573	5,9	10,3	12,6	- 6	22	1 017	75	387	223	333
1974	2 583	5,8	9,9	12,4	- 7	11	1 003	65	388	214	336
1975	2 584	5,8	9,4	12,8	- 9	7	994	66	356	219	353
1976	2 583	5,6	9,6	12,4	- 7	8	1 009	76	364	222	347
1977	2 586	5,5	9,0	12,0	- 8	12	1 017	71	387	218	341

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								Volkseinkommen				
	Schüler im September in				von 100 Schülern erreichten				Bruttoinlandsprodukt				Netto- inlands- produkt
	Grund- Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	inte- grierten Gesamt- schul- versuchen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1970	
									in 1 000	in %	DM je Ein- wohner		in Mill. DM
1973	267	66	65	1	20	42	26	12	31 706	10,8	12 321	25 797	25 057
1974	267	72	69	2	17	38	31	14	34 163	7,8	13 228	26 377	26 851
1975	271	77	73	2	16	41	29	14	p 36 495	p 6,8	p 14 125	p 26 094	p 28 911
1976	269	83	75	2	17	42	29	13	p 39 187	p 7,4	p 15 169	p 27 073	.
1977	259	87	79	2	...	...	...	...	41 615 <sup>a</sup>	6,2 <sup>a</sup>	16 088 <sup>a</sup>	27 597 <sup>a</sup>	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung <sup>4)</sup>		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner <sup>3)</sup>	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe <sup>2)</sup>									
1973	1 496	504	1 659	4 746	415	2 661	2 166	4 323	1 710	242	628
1974	1 507	495	1 567	4 300	481	2 815	2 196	4 397	1 929	298	637
1975	1 525	503	1 620	4 280	460	2 763	2 234	4 472	1 853	159	735
1976	1 560	513	1 696	4 450	488	2 913	2 276	4 478	1 737	109	813
1977	1 565	515	1 796	4 528	480	3 035	2 339	4 551	1 990	223	869

Jahr	Verarbeitende Industrie <sup>5)</sup>										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Millionen	Löhne	Gehälter	Umsatz <sup>6)</sup>		Energieverbrauch				Produktions- index 1970 = 100
	insgesamt	Arbeiter				Bruttosumme in Mill. DM	ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 7)	Heizöl		
	in 1 000		in 1 000 t		insgesamt					schwer		
1973	187	138	267	2 503	1 170	17 234	2 904	332	1 201	952	116	63
1974	187	136	256	2 738	1 359	20 285	3 811	380	1 152	932	119	57
1975	177	127	232	2 704	1 464	20 608	4 243	249	978	768	112	52
1976	164	118	218	2 700	1 488	23 272	4 281	238	986	784	119	54
1977	p 164	p 118	p 214	p 2 864	p 1 609	p 23 936	p 4 869	p 167	p 953	p 754	...	53

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen, ohne Soldaten

2) ohne Ammen- und Mutterkühe

3) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

4) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

5) bis 1975: Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr tätigen Personen,

ab 1976: Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen; einschließlich Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie. Die Ergebnisse ab Januar 1977 sind mit denen aus früheren Jahren infolge Einführung eines neuen Konzepts nur bedingt vergleichbar; siehe hierzu sowie bezüglich der verwendeten Begriffe die Vorbemerkungen zum Statistischen Bericht E I 1

6) bis einschließlich 1975 ohne Umsatz außerhalb des verarbeitenden Gewerbes; in allen Jahren ohne Umsatzsteuer

7) Umrechnungsfaktor für Steinkohle-Einheit (SKE): Steinkohle und Steinkohlenbriketts = 1,0; Steinkohlenkoks = 0,97; Braunkohlenbriketts = 0,69

8) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger; ab 1976 einschließlich Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe

a) Erste vorläufige Ergebnisse

# Kreiszahlen

KREISFREIE STADT  Kreis	Bevölkerung am 31. Januar 1978			Bevölkerungsveränderung im Januar 1978			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1978		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw <sup>2)</sup>	
		Vormonat	Vorjahresmonat 1)					Anzahl	je 1 000 Einwohner
		in %							
FLENSBURG	90 058	+ 0,0	- 1,5	- 36	+ 58	+ 22	30 518	27 922	310
KIEL	256 228	- 0,1	- 1,0	- 98	- 186	- 284	83 840	77 022	300
LÜBECK	226 931	- 0,1	- 1,4	- 107	- 146	- 253	72 701	66 158	291
NEUMÜNSTER	82 752	- 0,1	- 1,2	- 25	- 46	- 71	30 748	27 577	333
Dithmarschen	130 118	+ 0,0	- 0,0	- 49	+ 63	+ 14	54 568	43 162	332
Hzgt. Lauenburg	152 569	+ 0,0	+ 0,5	- 60	+ 81	+ 21	57 581	49 600	325
Nordfriesland	160 304	- 0,2	- 0,4	- 35	- 359	- 394	67 227	54 132	337
Ostholstein	187 898	- 0,1	+ 0,4	- 77	- 103	- 180	71 876	61 265	326
Pinneberg	255 806	+ 0,0	+ 0,7	- 66	+ 157	+ 91	99 137	87 385	342
Plön	114 903	- 0,0	+ 0,8	- 74	+ 59	- 15	48 712	41 033	357
Rendsburg-Eckernförde	240 342	+ 0,1	+ 0,7	- 21	+ 272	+ 251	96 233	80 122	334
Schleswig-Flensburg	178 651	+ 0,1	+ 0,4	- 18	+ 246	+ 228	75 400	60 652	340
Segeberg	200 949	+ 0,1	+ 1,7	- 26	+ 317	+ 291	87 415	75 011	374
Steinburg	129 522	+ 0,0	- 0,2	- 47	+ 62	+ 15	52 535	43 054	332
Stormarn	180 231	+ 0,2	+ 1,8	- 18	+ 361	+ 343	71 761	63 203	351
Schleswig-Holstein	2 587 262	+ 0,0	+ 0,2	- 757	+ 836	+ 79	1 000 252	857 298	331

KREISFREIE STADT  Kreis	Verarbeitende Industrie <sup>3)</sup>			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1978 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 30. 4. 1978	Beschäftigte am 30. 4. 1978	Umsatz im April 1978 Mill. DM <sup>4)</sup>	Unfälle	Getötete <sup>5)</sup>	Verletzte
FLENSBURG	47	8 413	104	39	1	43
KIEL	99	25 265	167	132	-	149
LÜBECK	103	23 964	200	144	3	156
NEUMÜNSTER	52	9 726	68	51	1	57
Dithmarschen	50	5 832	163	84	1	112
Hzgt. Lauenburg	73	7 981	68	99	1	128
Nordfriesland	28	2 463	48	119	1	163
Ostholstein	47	4 847	68	144	7	203
Pinneberg	153	21 338	227	149	4	192
Plön	29	2 318	23	75	6	90
Rendsburg-Eckernförde	81	9 625	97	149	7	191
Schleswig-Flensburg	51	4 274	96	95	7	134
Segeberg	126	12 742	158	138	7	194
Steinburg	72	9 448	145	96	4	135
Stormarn	103	14 281	270	94	3	126
Schleswig-Holstein	1 114	162 517	1 902	1 608	53	2 073

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 1. 1978

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschließlich Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie

4) ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

# Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1977			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 30. 4. 1978	Kurzarbeiter Monatsmitte April 1978	Offene Stellen am 30. 4. 1978	Schweine insgesamt am 3. 12. 1977	Rindvieh am 3. 12. 1977	
		VZ 1970	31. 12. 1976					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
	in %			in 1 000					
Schleswig-Holstein	2 587	+ 3,7	+ 0,2	45	3	12	1 796	1 565	515
Hamburg	1 680	- 6,3	- 1,1	31	10	9	10	14	4
Niedersachsen	7 224	+ 2,0	- 0,0	135	35	30	6 323	3 024	1 036
Bremen	703	- 2,7	- 1,0	17	6	4	8	17	4
Nordrhein-Westfalen	17 030	+ 0,7	- 0,3	315	82	59	4 834	1 909	645
Hessen	5 541	+ 2,9	+ 0,0	76	24	22	1 393	879	307
Rheinland-Pfalz	3 639	- 0,2	- 0,3	55	11	13	699	672	237
Baden-Württemberg	9 121	+ 2,5	+ 0,0	92	28	49	2 153	1 850	696
Bayern	10 819	+ 3,2	+ 0,1	164	81	48	4 115	4 759	1 948
Saarland	1 081	- 3,5	- 0,7	30	9	2	49	72	26
Berlin (West)	1 927	- 9,2	- 1,2	41	7	9	6	1	0
Bundesgebiet	61 353	+ 1,2	- 0,1	1 000	298	257	21 386	14 763	5 417

Land	Verarbeitende Industrie <sup>1)</sup>				Bauhauptgewerbe <sup>4)</sup>		Wohnungswesen im Februar 1978			
	Beschäftigte am 31. 3. 1978	Umsatz <sup>2)</sup> im März 1978		Produk- tions- index <sup>3)</sup> (1970 = 100) im März 1978	Beschäftigte am 28. 2. 1978		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		in 1 000	Mill. DM		Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl
	Schleswig-Holstein	163	2 169	22,5	...	52	20	1 286	5,0	218
Hamburg	156	3 606	13,7	...	29	17	260	1,5	100	0,6
Niedersachsen	668	8 692	26,9	...	140	19	3 788	5,2	1 450	2,0
Bremen	86	1 340	14,6	...	14	20	206	2,9	91	1,3
Nordrhein-Westfalen	2 199	24 703	24,7	...	265	16	6 899	4,1	2 862	1,7
Hessen	634	6 378	27,6	p 114,9	100	18	1 928	3,5	398	0,7
Rheinland-Pfalz	355	4 660	30,6	125	67	18	1 611	4,4	2 418	6,6
Baden-Württemberg	1 385	13 244	24,4	...	175	19	4 549	5,0	1 985	2,2
Bayern	1 249	13 160	25,8	124,6	205	19	4 047	3,7	2 314	2,1
Saarland	144	1 412	34,0	...	19	18	412	3,8	145	1,3
Berlin (West)	177	1 677	13,1	...	30	16	537	2,8	184	1,0
Bundesgebiet	7 193	81 039	24,9	115,5	1 098	18	25 523	4,2	12 165	2,0

Land	*Kfz-Bestand <sup>5)</sup> am 1. Januar 1978			Straßenverkehrsunfälle <sup>7)</sup> mit Personenschaden im März 1978				Bestand an Spar- einlagen <sup>8)</sup> am 31. 3. 1978 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw <sup>6)</sup>		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		im 4. Vierteljahr 1977	des Landes	des Bundes
		Anzahl	je 1 000 Einwohner					in DM je Einwohner			
	in 1 000										
Schleswig-Holstein	1 000	857	331	1 272	27	1 769	141	4 839	445	423	191
Hamburg	576	525	313	871	23	1 144	134	8 207	758	3 138	265
Niedersachsen	2 827	2 397	332	3 373	151	4 564	140	5 895	444	480	188
Bremen	241	219	311	390	7	443	115	6 576	535	1 015	262
Nordrhein-Westfalen	6 201	5 570	327	7 234	238	9 622	136	6 650	521	813	231
Hessen	2 240	1 946	351	2 599	96	3 494	138	7 266	517	671	214
Rheinland-Pfalz	1 487	1 244	342	1 653	72	2 278	142	6 543	447	501	167
Baden-Württemberg	3 688	3 143	345	3 802	163	5 339	145	7 114	540	736	239
Bayern	4 363	3 546	328	4 891	225	6 769	143	7 554	452	524	197
Saarland	403	362	334	458	18	606	136	5 857	439	426	164
Berlin (West)	580	526	273	1 016	27	1 264	127	6 340	392	1 048	133
Bundesgebiet	23 696 <sup>a</sup>	20 377 <sup>a</sup>	332	27 559	1 047	37 292	139	6 781	496	731	211

\*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; einschließlich Bergbau, aber ohne öffentliche Energie- und Wasserversorgung und ohne Bauindustrie

2) ohne Umsatzsteuer

4) Endgültige Werte einschl. Fertigteilbau und Bauhilfsgewerbe

5) ohne Bundespost und Bundesbahn

7) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

6) einschließlich Kombinationskraftwagen

8) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

# Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

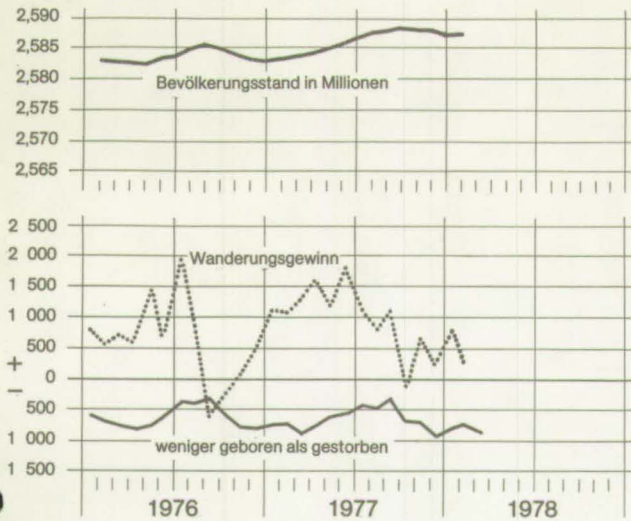
Heft/Seite

<b>Bebiet und Bevölkerung</b>	
Die Volkszählung 1981 .....	1/10
<b>Bildung und Kultur</b>	
Wo studieren Schleswig-Holsteiner? .....	2/29
Studenten im WS 1977/78 .....	5/123
<b>Wahlen</b>	
Kommunalwahl 1978	
Teil 1: Kreisergebnisse .....	5/110
Teil 2: Ergebnisse für Bundes- und Landtagswahlkreise .....	6/130
Teil 3: Gemeindeergebnisse .....	6/134
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>	
Landwirtschaft: Betriebe und Arbeitskräfte .....	4/102
Rinderrassen .....	5/120
<b>Landwirtschaft, Gebäude und Wohnungen</b>	
Wohnungsstichprobe 1978 .....	1/20
<b>Handel und Gastgewerbe</b>	
Fremdenverkehr 1977 .....	2/48
<b>Verkehr</b>	
Kraftradunfälle .....	2/42
<b>Preise</b>	
Verbraucherpreise 1977 .....	2/26
Markt und Miete .....	4/106
<b>Löhne und Gehälter</b>	
Verdienste Handwerk .....	6/140
<b>Wirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>	
Revision des Bruttoinlandsprodukts .....	1/2
<b>Umweltschutz</b>	
Abfalldaten der Wirtschaft .....	2/34
Investitionen Umweltschutz .....	4/99
<b>Widriges</b>	
Schleswig-Holstein im Jahre 1977	
Teil 1 .....	3/53
Teil 2 .....	4/82

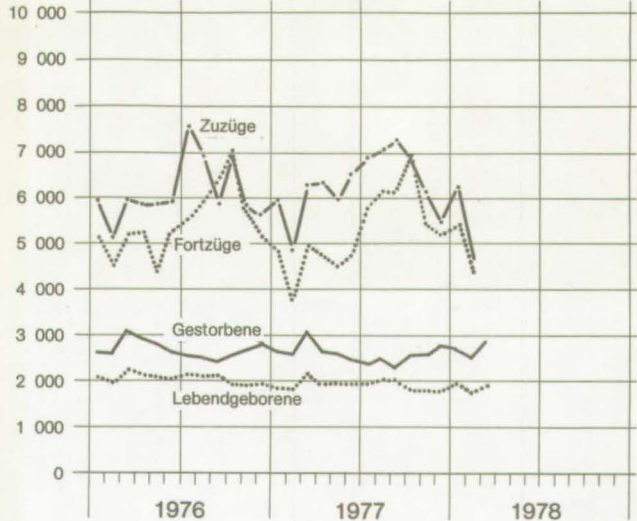
# SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen: Tätige Personen und Umsatz in der verarbeitenden Industrie, darunter im Maschinenbau, im Schiffbau, in der Elektrotechnik und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie; ferner tätige Personen und geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe.

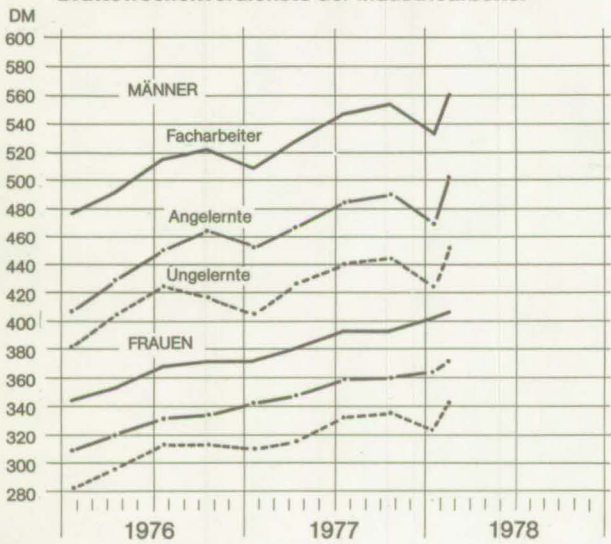
**Bevölkerung**



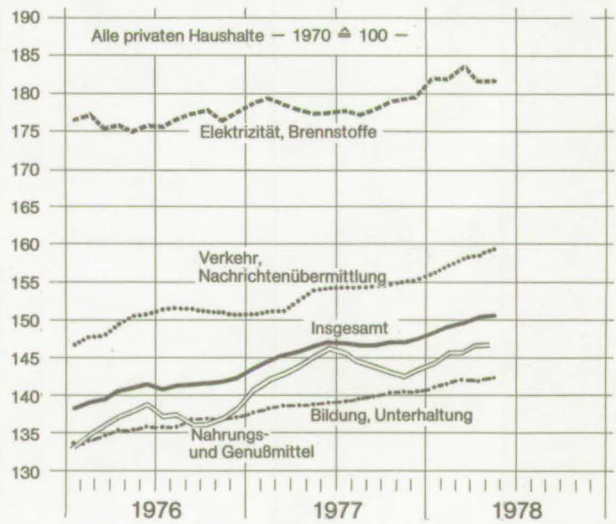
**Bestandteile der Bevölkerungsentwicklung**



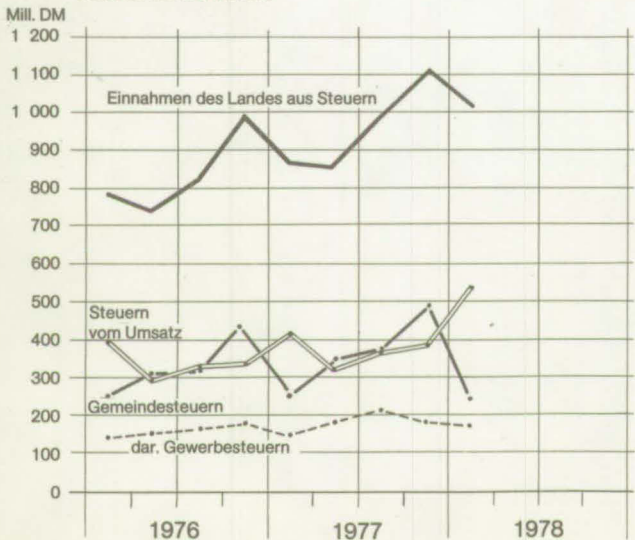
**Bruttowochenverdienste der Industriearbeiter**



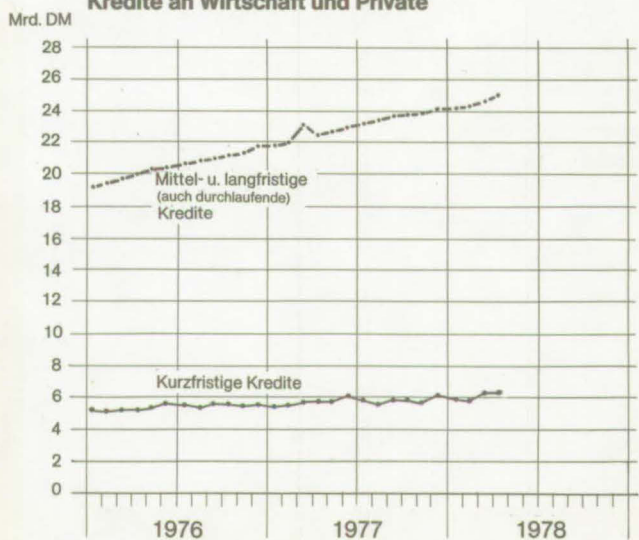
**Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet**

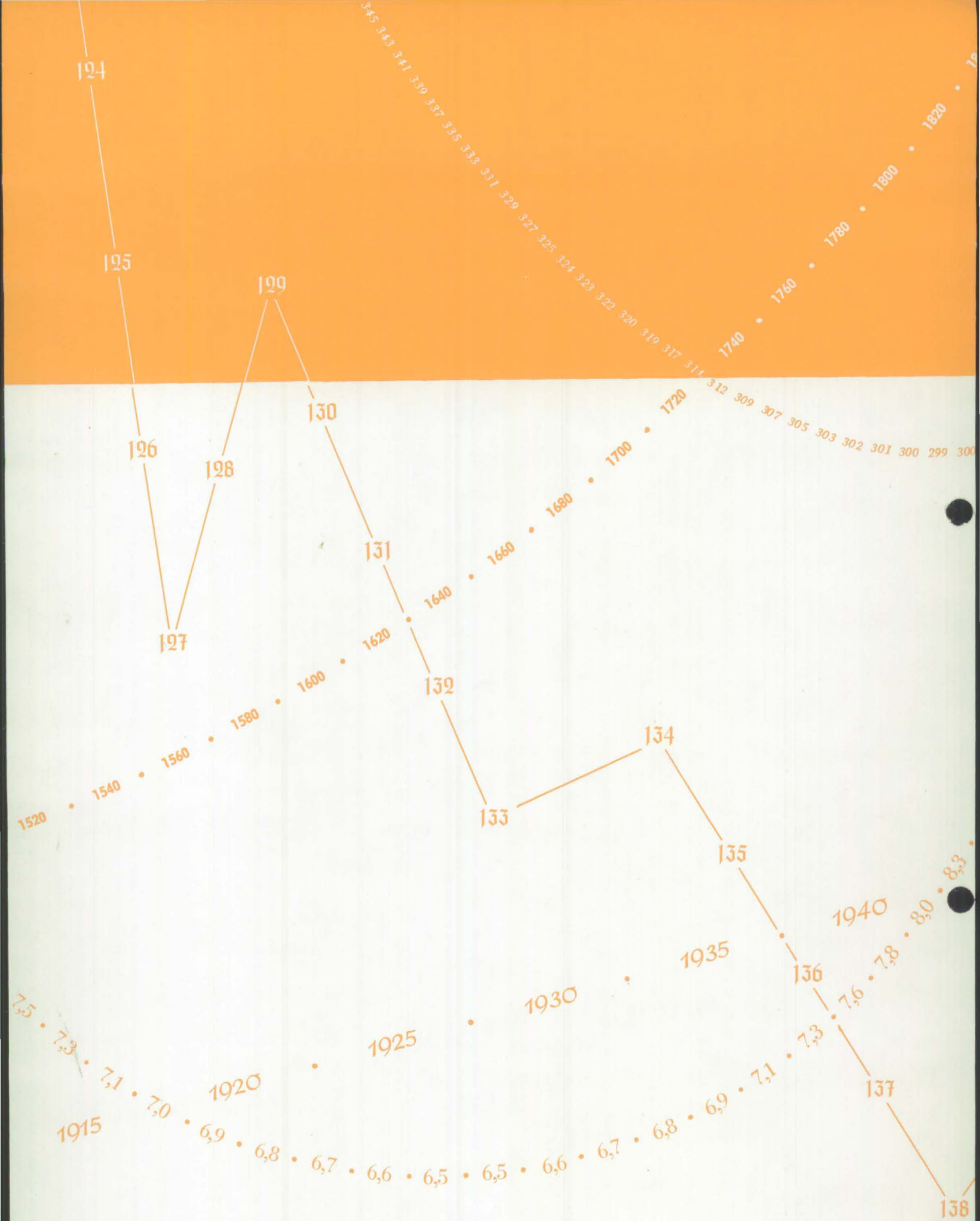


**Steueraufkommen**



**Kredite an Wirtschaft und Private**





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 5 11 41  
 Postanschrift: Postfach 11 41, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Arnold Heinemann  
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 – Auflage: 750  
 Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

– Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird –  
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen